

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aufnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 24.

Sonnabend, den 16. Juni 1888.

II. Jahrgang.

Inhalt:

Puttkamer's Entlassung. — Herr v. Puttkamer. — Gastpflicht und Unfallversicherung in Frankreich. — Die Aufhebung der Sklaverei in Brasilien. — Zur Frage der Gewerbeschiedsgerichte.

Sims, Eine Nacht in einer Londoner Penne. — Die realistische Poesie. — Arbeiterkinder und die New-Yorker Brauerandsperrung. — Unternehmerrthum und Sozialreform. — Sinkende Preise und bessere Lebenshaltung der Arbeiter?

Politische Nachrichten. — Gewerkschaftliches. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen.

Aufforderung zum Abonnement.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlichster Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

sozialistischen Standpunkte aus zu beleuchten.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt, wie das unsrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Wir bitten alle Freunde unseres Blattes, recht eifrig für die weitere Verbreitung der

„Berliner Volks-Tribüne“

einzutreten.

Bei Bestellungen in Berlin wende man sich stets direkt an die Expedition. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Zur Lage.

Wer in den letzten Tagen die Pressäußerungen verfolgte, die sich an die endliche Beseitigung des preussischen Spitzelministers anschlossen, der konnte nicht ohne ein Gefühl tiefer Beschämung wahrnehmen, wie weit wir in der politischen Reise noch hinter anderen Völkern zurück sind.

Bei anderen Nationen bildet der — freiwillige oder erzwungene — Rücktritt eines Ministers nicht den geringsten Anlaß, irgendwie die alte Ruhe und Besonnenheit zu verlieren. Man weiß, daß ein Minister zu gehen hat, wenn seine Handlungsweise nicht in Einklang steht mit den Anschauungen der Volksvertretung. Man weiß aber auch weiter aus vielfacher Erfahrung, daß Ministerwechsel an sich recht harmlose Ereignisse sind und an politischen Systemen noch lange nichts ändern, weil Systeme nicht in einzelnen maßgebenden Persönlichkeiten, sondern in Verhältnissen von ganz anderer Macht und Widerstandskraft wurzeln; in Verhältnissen, die ganz außerhalb des Bereiches irgend eines noch so hochgestellten Mannes liegen und die daher weiter gleichförmig ihre alte Wirkung ausüben, auch wenn die unmittelbar Beteiligten noch so oft und rasch sich ändern. In Ländern, welche seit längerer Zeit schon ein reges politisches Leben besitzen, hat man sich daher allgemein daran gewöhnt, keinerlei Illusionen hinsichtlich der Bedeutung eines Personenwechsels zu hegen und zu wecken.

Wie ganz anders bei uns mit unserer politischen Bescheidenheit! Der Sturz eines staatlichen Würdenträgers durch den Einfluß des Parlamentes erscheint uns etwas derartig Außergewöhnliches, daß wir im ersten Augenblick alle Fassung verlieren. Selbst Männer, die sonst ruhig und klar blicken, gerathen ganz aus dem Häuschen und ergeben sich in umwälzenden Spekulationen und Träumereien, die zwar meistens ganz erbaulicher und herzerquickender Art sind, die aber natürlich wie alle bunten Seifenblasen

rasch wieder vor dem Lufthauch der rauhen Wirklichkeit zerfliegen. Sturz des Bismarck'schen Regiments, Aufhebung des Sozialistengesetzes — alle Wünsche sieht man mit einem Male erfüllt, als wenn Herr v. Puttkamer der Angelpunkt der ganzen Reaktion in Preußen-Deutschland gewesen wäre. Todte Männer soll man ja rühmen, aber hier thut man einem Leichnam doch zu viel Ehre an und die bittersten Enttäuschungen werden nicht ausbleiben, wenn man nicht von selber wieder zur alten Nüchternheit zurückkehrt.

Was ist denn eigentlich Besonderes in Preußen geschehen?

Herr v. Puttkamer sah schon seit langer Zeit nicht allzu sicher mehr im Sattel. Eigentliche Sympathien hatte er sich niemals und bei keiner Partei zu erwerben gewußt, vielmehr hatte er es glücklich fertig bekommen, daß er selbst dem linken Flügel der Kartellbrüderschaft im Stillen ein Dorn im Auge war. Bennigsen's Aeußerungen über ihn sind bekannt, und Blätter, wie die „Nationalzeitung“ forderten gleich beim feierlichen Abschluß des Kartells unverhohlen die Entlassung gerade dieses Ministers.

Seit diesen Tagen wußte man, gegen wen sich die erste Ministerenthronung richten würde und viele wunderten sich nur, daß sie so lange auf sich warten ließ.

Es kam dann die Waldersfelder Versammlung zu Ehren des Herrn Stöcker und seiner Stadtmission. Herr v. Puttkamer wohnte diesem weihenollen Akt nicht nur bei, sondern erwies sich als ein Hauptgönner der Stöcker'schen Gründung. Das mochte für die fernere Zukunft des Mannes, der „in jedem Sumpfe schwimmt“, ganz nützlich scheinen. Diese Zukunft rückte aber in größere Ferne hinaus, als man anfangs glaubte; und als die Thronänderung sich in anderer Weise vollzog, als unsere reaktionären Heißsporne annahmen, war es ziemlich wahrscheinlich, daß Puttkamer für seinen Uebereifer zu büßen haben werde.

Er schien das auch selber zu fühlen. Wenigstens sah man eine Bestätigung darin, daß der Minister nach dem Herzen der Kreuzzeitung, als er dem Landtage den Tod des alten Herrschers zu verkünden hatte, jeden Hinweis auf den Thronfolger unterließ. Als er nach diesem Zwischenfalle dennoch blieb, erregte dies bereits vielfach Erstaunen.

Dazu kam, daß er auch im Parlament immer öfter Unglück in seinem Wirken hatte. Besonders führte die Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz für ihn zu einer Bloßstellung und Niederlage, die es jedem weniger hart gesottenen Staatsmann nahegelegt haben würde, eine Zeit lang, fern von den Geschäften der Regierung, stille Einzelkehr zu halten. Die Wahlprüfungsdebatten im Abgeordnetenhaus schlugen dann dem Fasse den Boden aus.

Man war also fast einig, daß Herr v. Puttkamer gehen werde, und nun es — endlich — geschah, ist man schier sprachlos vor Staunen über die ungeheuerliche Umwälzung!

Freilich wirkt dabei noch der Eindruck mit, wie Herr v. Puttkamer beseitigt worden ist — nämlich durch einen Borstoh von unten, noch dazu unter deutsch-freisinniger Führung. Das ist allerdings neu in unserem politischen Leben, denn wenn auch unter der Präsidentschaft Bismarcks über zwei Duzend Minister verbraucht worden sind, so blieb es doch altpreussische Tradition, daß Minister, welche das Mißfallen der Volksvertretung erregt hatten, nicht zu gehen hätten. Minister dürften wohl zerrummelt, aber nicht gerichtet werden und das es jetzt zum ersten Male geschah, noch dazu gegen den sonst allmächtigen Willen Bismarcks geschah, ist allerdings ein unbestreitbarer Erfolg der Deutschfreisinnigen, der bei den nächsten Landtagswahlen seinen Eindruck nicht verfehlen wird.

Damit ist aber unseres Erachtens auch die ganze Bedeutung der Vorgänge der letzten Wochen erschöpft.

Herr v. Puttkamer war der ausgesprochenste Reaktionsär, der in dem amtlichen Eintreten für Kreuzzeitungs- und Reichsboten-Kandidaten eine seiner Hauptaufgaben bei den Wahlen sah. Ihn noch zur rechten Zeit stumm zu machen, bedeutete für den Liberalismus eine wesentliche

Berbetterung der Wahlchancen. Ein Bravourstück war die Beseitigung nach der ganzen Stellung des Ministers nicht mehr, und Herr Richter hat nur insofern geschickt operirt, als er nicht nur Herrn v. Puttkamer, sondern zugleich und fast noch mehr die Nationalliberalen bloßstellte, die seinerzeit, als eine Kanzlerkrisis auszubrechen drohte, sich mit den Schlieben und Reptilien um die Wette an der Kaiserhebe beteiligt hatten. Damit verhinderte der Freisinn, daß die Nationalliberalen als der eigentliche gewinnende Theil aus dem Streite hervorgingen. Wir werden, trotz aller schönen Versicherungen, in Deutschland noch auf lange hinaus die Wahlfreiheit nur „mit dem Galgen daneben“ haben, aber der Freisinn hat allerdings verhindert, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen der Galgen auch für ihn errichtet ist.

Das sind gewiß Erfolge, aber doch nur Erfolge für den Augenblick. Schon ein abermaliger Regierungswechsel könnte hier alles wieder zunichte machen, und in die größte Verlegenheit würde der Freisinn gar dann kommen, wenn er wirklich einmal zur Regierung berufen würde. Er hätte dann nur die Wahl, sich auf das rascheste unmöglich zu machen oder sein altes Oppositionsprogramm aufzugeben und nur dem Namen nach noch freisinnig zu bleiben.

Der Freisinn hat dereinst den Militarismus bekämpft, aber noch in seiner Oppositionsstellung hat er in edlem Wettstreit mit den „nationalen“ Parteien unsere eberne Rüstung vermehren helfen und er wird es weiter thun.

Der Freisinn hat die indirekten Steuern bekämpft, aber er würde von einem Sturme des Unwillens in der Bourgeoisie hinweggesetzt werden, wenn er sich vermaßen wollte, die enormen Lasten, die er selber mit hat schaffen helfen, durch direkte Steuern zu decken.

Die Freihandelskämpen würden es sich mehrere Male überlegen, ehe sie das bestehende Schutzzollsystem beseitigten, denn es ist Thatsache, daß es in ländlichen wie industriellen Kreisen gleich festgewurzelt ist, weil es dem herrschenden und auch für den Freisinn maßgebenden Großbesitz recht erkedlich die Taschen füllt.

Der Staatssozialismus, wie er sich in Deutschland entwickelt hat, liegt ebenfalls im wohlverstandenen Interesse unserer Bourgeoisie und auch hier würde die bürgerliche Opposition zusammenknicken wie ein schwaches Rohr, wenn sie gezwungen wäre, etwas Positives zu leisten.

Und daß eine bürgerliche Partei jemals in Deutschland der Sozialdemokratie wieder den alten, freien Spielraum gewähren sollte — das glaube, wer da noch Lust hat, sich blauen Dunst vormachen zu lassen; wir müssen erst die Thaten sehen, und wenn sie wirklich den oft gehörten schönen Worten entsprechen, so soll natürlich unsere Ueberraschung um so angenehmer sein. Vorläufig halten wir es für wichtiger, uns vor Enttäuschungen zu hüten. Die freisinnigen Wähler haben im Februar vorigen Jahres zur Genüge bewiesen, daß sie — selbst bei ganz ungefährlchen Entscheidungen — lieber reaktionär wie sozialistenfreundlich sind. Dabei wird die Wählerschaft bleiben und Führer sind bekanntlich niemals demokratischer wie die Massen, von denen sie geschoben werden.

Die Arbeiter würden daher vom Freisinn selbst dann kaum etwas zu hoffen gehabt haben, wenn ihm ein größerer Einfluß auf die Regierung beschieden gewesen wäre. Dem Freisinn sind und bleiben die Hände dadurch gebunden, daß er eine bürgerliche Partei ist, und daß es die bürgerlichen Interessen heute verlangen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Proletariates zu beschneiden. Nach den Ereignissen der letzten Tage wird letzteres aber natürlich doppelt Ursache haben, weiter in der alten Weise an seiner Aufklärung und Organisation zu arbeiten, um so zu einer Macht zu werden, welche sich die Beachtung erzwingt, welche keine Geldsackpartei freiwillig ihr zu Theil werden läßt.

Ueber Herrn v. Puttkamer

urtheilt die „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen:

„Von der Zeit an, als Herr von Puttkamer an Eulenburg's Stelle trat, war von Loyalität nichts mehr zu merken; in jeder Richtung zog der neue Minister die Fägel straffer an und wenn er sie einmal auf kurze Zeit nachließ, so geschah es stets nur in der Hoffnung, die Sozialdemokratie werde die ihr gewährte Freiheit benutzen, sich auf die bürgerliche Opposition zu stützen und dieser in Gemeinschaft mit den Konservativen den Garauß zu machen. Daß die Arbeiter stets diese Hoffnung zu Schanden machten, hat den Groll Puttkamer's gegen sie nicht wenig verschärft, der Ingrimms darüber, daß das Zuderbrod verschmätzt werde, spornete erst recht an, die Peitsche in Thätigkeit zu setzen.

„Herr v. Puttkamer stand der sozialen Bewegung absolut verständnislos gegenüber; ohne jede Einsicht in die Entstehung und das Wesen derselben, glaubte er es mit der Frucht einer zufälligen Agitation zu thun zu haben; selbst ohne Ideen, hatte er keine Ahnung von der Macht, welche dieselben auf die Geister auszuüben vermögen, und als er wahrnehmen mußte, daß diese Macht aller Polizeimittel spottete, wußte er sich nicht anders zu helfen, als durch eine Steigerung jener Mittel. Was er trieb, war die richtige Quacksalberei, er turtelte auf die Symptome des Uebels los, das mehr und mehr seinen Weg in das Innere des Staatskörpers nahm.

„Die rein mechanische Bekämpfung der Sozialdemokratie führte den Minister auch in der Wahl der Kampfmittel auf abschüssige Bahnen. Die geheime Polizei erhielt eine Ausdehnung, die an sich schon eine Gefahr für das Staatswohl war, sie nahm Elemente in sich auf, die es für bequemer und lohnender hielten, Verbrechen anzustiften oder zu schlechten Thaten aufzureizen, als etwa geplante strafbare Handlungen aufzuspüren. Herr v. Puttkamer hatte kein Verständnis für die Grenzlinie, die den geheimen Agenten, den nun einmal die Polizei nicht entbehren kann, von dem Agent provocateur trennt, der eine Schande für jedes Staatswesen ist. Er verkannte den Charakter dieser „Nichtgentlemen“ nicht, aber er hielt sie für nützliche Werkzeuge, die man getrost gegen jedes Verbrechertum loslassen dürfe. Da ihm nun die Sozialdemokratie als etwas Verbrechertisches erschien, so trug er keine Scheu, sie mit Spionen und Lockspiegeln zu umgeben, die bestimmt waren, ihm das Wild in das Garn zu jagen. Die schlimmen Folgen ließen nicht auf sich warten. . . .

An Herrn v. Puttkamer's Nachschößen hängen die Haupt und Schröder nicht minder, wie die mit der „eklatanten Genugthuung“ bedachten Jhring-Nahlow und Raporra.

„Der Polizeichef Puttkamer's trat nur in Wahlzeiten einigermaßen zurück, da hatte er größere Aufgaben zu erfüllen, da galt es, dem Fürsten Bismarck zu zeigen, welchen werthvollen Gehilfen er in dem Better Minister zu schätzen habe. Das Wahlbeeinflussungssystem Puttkamer's läßt sich mit wenigen Worten darstellen. Aussicht auf Vortheile für Alle, welche die Sache der Regierung vertreten, Drohung mit Borenthaltung von Beförderungen und Auszeichnungen für Alle, welche der Opposition irgendwie Vorwurf leisten.

Es wird lange dauern, bis sich das Beamtentum von dem demoralisirenden Druck, der bei den Wahlen auf ihm gelastet hat, befreien wird, hier wird Herrn Puttkamer's Saat noch auf Jahre als Unkraut aller Mühe des Ausrodens spotten, namentlich bei den Wahlen in Preußen, welche öffentliche Stimmabgabe fordern. Die richtig Herr v. Puttkamer die Bedeutung derselben für die Beeinflussung der Wahlen zu schätzen wußte, bewies er dadurch, daß er 1883 im Landtage gegen den Antrag auf Einführung geheimer Stimmabgabe den Trumpf ausspielte, die Regierung habe bereits Erwägungen gepflogen, ob nicht die geheime Abstimmung des Reichswahlrechts, in der sie eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung sehe, zu beseitigen sei werde.

„Herr v. Puttkamer verband mit äußerlich feinen Formen eine nicht geringe Rednergabe, Worte fehlten ihm nie, desto häufiger Gedanken. Er blieb höflich und gemessen, so lange er sich dem Gegenpart gewachsen glaubte, sobald ihn dies Vertrauen verließ, was von Jahr zu Jahr öfter geschah, wurde er ausfallend und verfiel in einen Ton, der auch vor Rohheiten und Eynismus nicht zurückschreckte.

„Das war aber immer noch erträglich, als wenn er sich in ein politisches oder moralisches Pathos hineinredete. Die Wirkung des Pathos hat zur Voraussetzung den Glauben der Zuhörer an den sittlichen Ernst und die Ehrlichkeit der Ueberzeugung des Redners. Dieser Glaube fehlte Herrn v. Puttkamer gegenüber, an ihm erschien Alles gemacht, auch sein Pathos galt nur als Pose für den Augenblick und nur der „Chor der Landräthe“ schien dafür empfänglich zu sein.

„Er mag auch allein den ruhmlosen Sturz des Mannes bedauern.“

Die „Freisinnige Ztg.“ schreibt zum Schlusse einer Biographie Puttkamer's, die wir weiter unten folgen lassen: „Es wird nicht lange dauern, so wird jedermann verwundert fragen, wie es möglich war, daß eine Persönlichkeit wie Herr v. Puttkamer über sieben Jahre lang in Preußen als Minister des Innern fungiren konnte. Herr v. Puttkamer gehört zu jenen Personen, welche eine politische Bedeutung nur so lange haben, als sie ein politisches Amt bekleiden. Nach der Dienstentlassung dürfte es Herrn v. Puttkamer nicht gelüsten, in der politischen Arena oder sonst wie noch irgend eine politische Rolle zu spielen.“

Robert Viktor v. Puttkamer, der Better des Reichskanzlers, ist am 5. Mai 1828 geboren und machte im Jahre 1854 als Regierungsassessor das Examen. Er wurde als Hilfsarbeiter im Handelsministerium, später bei dem Oberpräsidium zu Koblenz beschäftigt und 1860 durch den liberalen Minister Grafen Schwerin zum Landrath des Demminer Kreises ernannt. Ueber seine Thaten im Demminer Kreise, und wie er es verstand, einmal 26 ländliche Wahlmänner zum Besten der konservativen Sache herauszupressen, hat Herr v. Puttkamer selbst im Landtage interessante Geständnisse gemacht. Wer ein guter Wahlbeeinflusser werden soll, übt sich bei Zeiten. Nachdem Graf Schwerin 1862 aus dem Ministerium ausgeschieden war, trieb Puttkamer die schlimmsten Wahlbeeinflussungen gegen dessen Wiederwahl und zog Gemeindevorsteher disziplinarisch zur Verantwortung, weil sie als Wahlmänner für den früheren Minister des Innern gestimmt hatten. Von 1866 an machte Puttkamer seine große Karriere, zuerst als Zivilkommisarius für Mähren und Böhmen, dann als Vortragender Rath in dem 1867 geschaffenen Bundeskanzleramt. Im Jahre 1871 wurde er Regierungspräsident zu Gumbinnen, 1874 bis 77 fungirte er als Bezirkspräsident in Metz, dann wurde er Oberpräsident von Schlesien und 1879 Kultusminister. Im März 1881 wurde er nach dem Rücktritt des Grafen Eulenburg II. (nach der Affäre Kommel) zuerst interimistisch, und dann im Juni definitiv mit dem Ministerium des Innern beauftragt. Als bald wurde er auch zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt. Er ging am 9. Juni 1888.

Haftpflicht und Unfallversicherung in Frankreich.

Die hochschlagenden Bogen der politischen Agitation haben in Frankreich die erste Lesung eines wichtigen Arbeiterschutzgesetzes fast unbemerkt vorübergehen lassen, wir meinen den Gesetzentwurf, die Arbeitsunfälle betreffend, der in der letzten Hälfte Mai zum ersten Male in der Kammer debattirt wurde.

Daß das Projekt überhaupt endlich einmal auf die Tagesordnung kam und in erster Lesung rasch erledigt ward, ist nur der Furcht vor der boulangistischen Spekulation auf die Masse in Verbindung mit den im nächsten Jahre bevorstehenden Wahlen zuzuschreiben. 7000 Franks jährliches Gehalt und die Aussicht, einen Theil der Nachmittage mit einem gemüthlichen Schläfen oder dem Genuss parlamentarischer Komödien zu verbringen, ist schon der Mühe werth, sich als Deputirter platonisch arbeiterfreundlich zu zeigen. Die Debatten über das betreffende Gesetz verliefen äußerst flau, die Kammer war mehrmals beschlußunfähig und machte den Eindruck einer Person, die sich widerwillig einer höchst unangenehmen, aber nicht zu umgehenden Anstandsspflicht unterzieht.

Das Gesetz zerfällt in zwei Theile, von denen der erste die Haftpflicht der Arbeitgeber und Betriebsunternehmer bei Unglücksfällen der Arbeiter festsetzt, der zweite die Unfallversicherung behandelt.

Nach dem Gesetz giebt jeder während der Arbeit gefehrene Unfall den betreffenden Arbeitern und Angehörigen oder deren Entschädigungsberechtigten Anspruch auf eine Entschädigung durch den Betriebsunternehmer.

Alle Arbeiter in Fabriken, Hüttenwerken, Bauplätzen, Werkstätten, Verkehrsanstalten, Minen, Stein- und Schieferbrüchen, Magazinen u. und solche, die in Industrien beschäftigt sind, bei denen explodirbare Stoffe verwendet werden, sowie die Industrie-, Land- und Forstarbeiter, die mit mechanischen Werkzeugen, Dampf- und anderen Maschinen umzugehen haben, die also sämtlich Berufsgefahren ausgesetzt sind, haben Anspruch auf Ertrag.

Der Arbeitsunternehmer allein ist für die Berufsgefahren haftpflichtig, weder Staat noch Arbeiter tragen zur Ausbringung der Entschädigungssummen bei.

Bei gänglicher Arbeitsunfähigkeit in Folge eines Arbeitsunfalles schwankt die zu gewährende jährliche Rente zwischen einem Drittel bis zwei Dritteln des Jahresverdienstes, ihr Minimum muß 400 Frs. betragen. (Basily forderte 2 Frs. 50 Cents pro Tag, wurde aber natürlich abgewiesen.)

Zieht der Arbeitsunfall den Tod einer verheiratheten Frau nach sich, so erhält der Mann zur Erziehung der minderjährigen Kinder eine Summe, die dem Verdienst zweier Jahre der Verstorbenen gleichkommt.

Das nach Unglücksfällen zu zahlende Krankengeld ist auf die Hälfte des Lohnes fixirt, darf aber nicht unter ein Minimum von 1 Fr. fallen oder über ein Maximum von 2 Fr. 50 Cts. pro Tag steigen. Der Unternehmer, Fabrikant u., hat außerdem die Kosten für Arzt und Arzneien bis zu einer Höhe von 100 Fr. zu decken. Unterstützungskassen, die mit oder ohne Heranziehung der Arbeiter zu gründen sind, haben außerdem einen Beitrag von 1 Fr. bis 2 Fr. 50 Cts. zu leisten.

Das Gesetz hat die Frage noch offen gelassen, ob der Betriebsunternehmer außer der zivilgerichtlichen Haftpflicht für die Berufsgefahren noch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und zur Zahlung einer besonderen Strafentschädigung, sowie Verbüßung einer Strafe verurtheilt werden kann.

Die Regierung will dem Arbeiter das Recht zugestehen, gegen den „Patron“ auf Grund des Strafgesetzes klagbar zu werden; der mit Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beauftragten Kommission war dies zu viel Gerechtigkeit, sie sträubt sich mit Händen und Füßen gegen den betreffenden Paragraphen, und die schließliche Fassung bleibt bei der zweiten Lesung abzuwarten.

Betreffs der Unfallversicherung seitens der Unternehmer ward auch keine Einigung zwischen Regierung und Kommission erzielt. Erstere verlangte den Versicherungszwang, letztere erklärt sich für Versicherungsfreiheit. Es soll den Unternehmern freistehen, Berufsgenossenschaften behufs der Unfallversicherung zu bilden. In einer Berufsgenossenschaft sollen nicht unter 2000 Arbeiter versichert sein.

Die Aufhebung der Sklaverei in Brasilien

haben wir bereits mehrfach nach ihrer wirthschaftlich-sozialen Bedeutung behandelt.

Wir haben betont, wie der „freie“ Arbeiter unter dem Zwange des Hungers ebenfalls in drückendste Abhängigkeit geräth von den Besitzern des Bodens und der Produktionsmittel, und daß die Konkurrenz unter den Arbeitssuchenden das Einkommen der freien Arbeiter ebenfalls auf den nothdürftigen Lebensunterhalt herabdrückt, wie ihn der Sklave auch erhalten mußte.

Trotz alledem ist die Befreiung der Sklaven überall epochemachend gewesen und sie wird es auch in dem großen südamerikanischen Kaiserreich sein. Hunderttausende ist damit der Selbstständigkeitstrieb, das Gefühl für Menschenwürde und der Mannesstolz eingepflanzt worden, wenn zunächst auch nur im Keime. Aber dieser Keim wird wachsen und dereinst zur vollen Emanzipation der Arbeit, wie sie die Sozialisten erstreben, drängen.

Heute möchten wir nur noch einmal die geschichtliche Entwicklung der Sklavenfrage in Brasilien kurz zusammenfassen. Wir folgen dabei einer Arbeit W. Dreitenbachs.

Der erste Schritt zur Beseitigung oder doch zur Verminderung der Negerklaverei wurde im Jahre 1831 gethan. Damals wurde die weitere Einfuhr von Negerklaverei aus Afrika gesetzlich untersagt. Es hat darnach noch lange Jahre gedauert, bis die Forderung dieses Gesetzes erfüllt wurde. Noch kam manches mit unglücklichen Schwarzen beladene Schiff von Afrika nach Brasilien, ohne daß die englischen Kreuzer es abgefaßt hätten, noch wurden im transoceanischen Sklavenhandel große Vermögen erworben. Allein nach und nach nahm dieser schändliche Menschenhandel doch ab und thatsächlich dürften seit 25—30 Jahren keine Negerklaverei mehr aus Afrika gekommen sein.

Im Lande selbst stand inzwischen die Sklaverei noch in vollster Blüthe. In den großen Städten (Rio de Janeiro, Bahia, Pernambuco, St. Paulo u.) fanden öffentliche Sklavenmärkte statt, die Peitsche war das vornehmste Erziehungsmittel für die Schwarzen, Sklavenjagden mit besonders dazu dressirten Bluthunden auf entlaufene Sklaven waren noch häufig. Da die Kinder der Sklaven dem Stande der Mutter zu folgen hatten, also auch Sklaven waren, so nahm im Lande selbst die Zahl der Sklaven trotz des Einfuhrverbotes nicht ab, sondern eher zu. Bei der sehr weitgehenden Blutmischung zwischen Schwarzen und Weißen in Brasilien entstanden bald zahlreiche hellerfarbige Mischlinge, oft von so heller Farbe, daß sie kaum von Weißen zu unterscheiden waren. Es gab daher nicht nur schwarze Sklaven, sondern auch braune, gelbe und fast weiße.

Der zweite bedeutungsvolle Schritt auf dem Wege zur völligen Abschaffung der Sklaverei datirt aus dem Jahre 1871. Das damalige Ministerium Rio Branco legte den Kammern den Entwurf eines sogenannten Abolitions- (wörtlich: Abschaffungs-) Gesetzes vor, der denn auch am 28. September 1871 unter dem endlosen Jubel des ganzen Volkes zum Gesetz erhoben wurde.

Dieses Gesetz bestimmte, daß von dem genannten Tage an keine Sklaven mehr „geboren“ werden sollten. Die Kinder von Sklaven sollten fortan frei sein! Bis zu ihrer Mündigkeit blieben sie bei dem Herrn ihrer Mutter; darnach konnten sie thun und lassen, was ihnen beliebte. Gleichzeitig wurde ein staatlicher Emanzipationsfonds gegründet, aus dem nach bestimmten Grundsätzen Sklaven freigekauft werden sollten. Die Geldmittel zu diesem Fonds kamen aus einer Sklaventaxe, aus einer auf den Verkauf von Sklaven gelegten Steuer und aus Staatslotterien.

Infolge der Wirksamkeit des Gesetzes Rio Branco's mußte somit die Zahl der Sklaven von Jahr zu Jahr abnehmen und man konnte leicht berechnen, daß am Anfang des kommenden Jahrhunderts die Sklaverei so wie so völlig verschwunden sein werde, weil kein Sklavennachwuchs mehr möglich war. Natürlich war die Abnahme eine sehr geringe und allmähliche. Im Jahre 1873 waren 1542230 Sklaven immatrikulirt, im Jahre 1882 deren 1346648, so daß die Zahl um 145582 abgenommen hatte. Davon entfielen 132777 auf Todesfälle; etwa 15000 sind durch den Emanzipationsfonds losgekauft worden, der Rest entfällt auf freiwillige Freilassungen. Das Tempo des Verschwindens der Sklaverei war demnach in den Jahren 1872—1882 ein sehr langsames.

Das folgende Jahr 1883 brachte in dieser Hinsicht eine gewaltige Veränderung, eine ungeahnte Beschleunigung dieses Tempos.

In der kleinen Provinz Ceará, die im Jahre 1880 noch etwa 18000 Sklaven hatte, war es gelungen, bis zum 25. März 1883 allen diesen Sklaven die Freiheit zu verschaffen. Ceará war die erste sklavenfreie Provinz des Kaiserreiches!

Das Beispiel Ceará's wirkte im ganzen Lande wie der in das Pulverfaß gefallene Funke; in allen Provinzen suchte man es der kleinen Schwester nachzutun. Es bemächtigt sich des Volkes jetzt ein wahrer Befreiungsenthusiasmus. Ueberall im Lande entstehen Vereine, welche Geld zum Loskauf von Sklaven sammeln; junge, ehr-

geizige Schriftsteller und Redner machen Propaganda für die Sklavenbefreiung, Theateraufführungen, Konzerte und Bazars werden veranstaltet, die Zeitungen eröffnen Sammellisten, Privatpersonen schenken für Feier ihres Geburtstages u. dgl., oder um ihre „Humanität“ in helles Licht zu setzen, ihren Sklaven freiwillig die Freiheit, in einzelnen Provinzen werden besondere Gesetze zur Beförderung und Beschleunigung der Emanzipation erlassen, spezielle Fonds angelegt und, durch die öffentliche Meinung dazu gedrängt, beschäftigt sich auch die Kammer aufs Neue mit dieser Angelegenheit. Von jetzt ab ist die Sklavenfrage in die erste Reihe der innerpolitischen Fragen getreten und jedes Ministerium hat nothgedrungen zu derselben Stellung nehmen müssen, namentlich seitdem der Chef der großen liberalen Partei des Landes, Staatsrath Gaspar Silveira Martins, die Aufhebung der Sklaverei als die erste und dringendste Forderung des liberalen Programms hinstellte.

Jedes Ministerium hat einen Gesetzentwurf betreffend die Beseitigung der Sklaverei eingebracht, sogar die konservativen Ministerien der letzten Jahre haben sich dem nicht entziehen können. Diese Entwürfe wollten die Sklaverei im Jahre 1890 oder auch 1895 aufhören lassen, mit der Bedingung, daß die freigelassenen Sklaven gehalten sein sollten, noch einige (3—5) Jahre gegen Lohn bei ihren bisherigen Herren zu arbeiten. Erst nach Ablauf dieser Zeit sollte ihnen der Freibrief übergeben werden. Man wollte damit den Uebergang weniger schroff und unvermittelt machen. Alle auf dieser Grundlage aufgebauten Gesetzentwürfe sind von der Kammer abgelehnt worden.

Schließlich forderte das erst im April zur Regierung gekommene neue Ministerium Alfredo die sofortige und bedingungslose Aufhebung der Sklaverei, und Abgeordnetenhaus und Senat stimmten sofort bei. Demnach gäbe es in diesem Augenblick in Brasilien keine Sklaven mehr!

Zur Frage der Gewerbeschiedsgerichte.

II.

e. l. Als die Polizei die höchst unschädliche „Federation der Gewerkschaften“ nach viermonatlichem Bestehen aufgelöst hatte,*) war die Reform des Conseil de Prud'homme (des Gewerbeschiedsgerichtes) das Band, welches die einzelnen Organisationen geistig zusammenhielt und ein thatsächliches Zusammenwirken ermöglichte.

Die Delegirten von mehr als dreißig Gewerkschaften hielten unter dem vollen weißen Schrecken binnen kaum zwei Monaten zehn große Versammlungen ab, in denen der Plan einer Reform des Gesetzes über den „Conseil de Prud'homme“ ausgearbeitet ward. In der sich allmählich freier entfaltenden Gewerkschaftsbewegung, die zum größten Theil in die sozialistische Arbeiterbewegung überging, spielte die erwähnte Frage eine hervorragende Rolle. Es verging kein Kongreß der Gewerkschaften oder einzelner Gruppen, es erschien fast kein einziger von Arbeitsverhältnissen handelnder Bericht, in dem dieselbe nicht ausführlich behandelt ward. Die erstrebten Reformen verlangten eine neue, demokratische Fassung des betreffenden Gesetzes, Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten immer durch das Gewerbeschiedsgericht selber, Errichtung neuer Schiedsgerichte, Untersuchungen durch Arbeiter und Arbeitsherrn, Entschädigung der Schiedsrichter für die verlorene Zeit, Inspektion der Werkstätten, Verbesserung der Lehrlingskontrakte, Schutz der Kinder- und Lehrlingsarbeit, Erwählung der Mitglieder des Schiedsgerichtes auf Grund des allgemeinen Stimmrechts, Recht minderjähriger Arbeiter, sich durch Eltern, Verwandte oder Kameraden vertreten zu lassen und ähnliches weiter.

Einem Theil der geforderten Reformen wurde nach einander durch die Gesetze von 1880, 1883 und 1884 Rechnung getragen, trotzdem läßt die Verfassung des Gewerbeschiedsgerichtes noch viel zu wünschen übrig.

Nach der gegenwärtig in Kraft stehenden Fassung des bezüglichen Gesetzes ist jede Ortschaft nach Industriezweigen eingetheilt. Jeder Industriezweig wählt eine gleiche Anzahl von Arbeitern und Arbeitgebern als Schiedsrichter, aus denen dann der „engere Ausschuß“ (bureau particulier), der „Versöhnungsausschuß“ (bureau de conciliation) und der „allgemeine Ausschuß“ oder das eigentliche Gewerbeschiedsgericht (bureau général oder bureau de jugement) gebildet wird.

Der „Versöhnungsausschuß“ fällt meist mit dem „engeren Ausschuß“ zusammen, sodas das Gewerbeschiedsgericht thatsächlich in zwei Bureaus zerfällt. Der „engere Ausschuß“ besteht aus zwei Mitgliedern, einem Arbeiter und einem Patron (Unternehmer), die verschiedene Industrien vertreten. Er muß wöchentlich mindestens einmal Sitzung abhalten, in welcher die streitenden Parteien der Reihe nach vom Sekretär vorgerufen werden. Sämmtliche für einen bestimmten Tag vorgeladenen Personen müssen in der Sitzung vernommen werden. Der Schieds-

richter-Arbeiter und der Schiedsrichter-Patron führen je einen Monat lang abwechselnd den Vorsitz. Der „engere Ausschuß“ muß so viel als möglich die gütliche Beilegung der Streitfrage herbeizuführen suchen. Im Falle einer Versöhnung wird das getroffene Abkommen zu Protokoll genommen und als solches den Parteien vorgelegt.

Kommt kein Ausgleich zu Stande, so gehen die Parteien vor den „allgemeinen Ausschuß“. Streitfragen spezieller Natur werden an die Schiedsrichter der einschlägigen Industriezweige verwiesen. Der „allgemeine Ausschuß“ tagt Mittags öffentlich, so oft es nöthig ist. Er ist aus vier Schiedsrichtern, nämlich zwei Arbeitsherrn und zwei Arbeitern, einem Präsidenten und Vizepräsidenten zusammengesetzt. Der allgemeine Ausschuß befaßt sich nur mit den Fällen, wo keine Ausgleichung zu Stande kam. Nach Anhörung der Parteien zieht er sich zurück und entscheidet in geheimer Sitzung. Im Fall von unklaren, ungenügenden Debatten kann er die Sitzung verlegen, Untersuchungen, Expertisen anordnen.

Jedes Jahr haben zwei Generalversammlungen des Conseil de Prud'homme im Sitzungstokal des allgemeinen Ausschusses stattzufinden. Auf Antrag von mindestens 7 Mitgliedern des Raths oder auf Verlangen der Behörden werden außerordentliche Generalversammlungen einberufen. Nur der Präsident des Schiedsgerichtes kann zu den Generalversammlungen einberufen, und zwar muß er dies mindestens drei Tage vor dem für dieselben anberaumten Termine thun. Die Beschlüsse der Generalversammlung haben nur Gültigkeit, wenn sie mit absoluter Majorität angenommen sind, und die Versammlung mit Einschluß des Präsidenten und Vizepräsidenten aus wenigstens 17 Mitgliedern des Conseils besteht. Die Generalversammlung kann nur die Fragen verhandeln, welche auf der Tagesordnung stehen, sie hat behördlicherseits gestellte Fragen zu beantworten und die Rechtsprüche des Gewerbeschiedsgerichtes zu prüfen. Der Schriftführer des Conseils muß bei Generalversammlungen Protokoll führen und dieses in Gemeinschaft mit dem Präsidenten unterzeichnen.

Die Amtspflicht des Präsidenten besteht darin, die Arbeiter des Gewerbeschiedsgerichtes und die Ausführung der dafür geltenden Vorschriften, sowie der Beschlüsse der Generalversammlungen zu überwachen. Er muß jährlich einen Bericht an den Handelsminister und den Minister der Landwirtschaft einreichen und alle Vierteljahre die Liste der Schiedsrichter aufstellen, welche den engeren und den allgemeinen Ausschuß bilden.

Der Sekretär hat jeden Werktag bis zum Ende der Sitzungen im Sekretariat anwesend zu sein. Er hat die Schiedsrichter zusammenzubekommen und die streitenden Parteien vorzuladen, der Kläger hat in Person die betreffende Anforderung dem Verklagten zuzustellen. Der Sekretär ist verpflichtet, allen Sitzungen der Ausschüsse und den Generalversammlungen beizuwohnen und über Debatten und Beschlüsse strenges Protokoll zu führen. Eventuell wird er durch einen oder zwei Schriftführer unterstützt. Der Sekretär bezieht ein jährliches Gehalt von 1000 Franks (800 Mark), dazu noch an Sporteln: für jede Vorladung 30 Cts., für Auszüge aus den Verhandlungen 40 Cts., für Protokolle an nicht ausgehönte Parteien 80 Cts., für jedes Protokoll über Hinterlegung von Modellen, Schutzmarken, Patenten 3 Franks.*)

Der Exekutor des Gewerbeschiedsgerichtes erhält pro Vorladung 1 Franks 25 Cts., pro Anfechtung eines Urtheils 1 Franks 75 Cts. Er muß den Sitzungen beiwohnen, die Parteien aufrufen, die Urtheile verkünden.

In Paris hat die Einrichtung des Gewerbeschiedsgerichtes eine kleine Abweichung erfahren. Die verschiedenen Industrien sind in vier Gruppen getheilt, von denen jede ihren eigenen Conseil de Prud'homme (ihre Gewerbeschiedsrichter-Versammlungen) hat.**) Die Nachteile einer Zusammenkoppelung von ganz verschiedenen Industrien, wie sie sich bei dieser Vertheilung noch immer ergibt, liegen auf der Hand. Wie soll z. B. ein und dasselbe Schiedsgericht kompetent sein über alle Streitfragen, in die oft die spezielle Technik hineinspielt, und die folglich seitens der Richter besondere technische Kenntnisse voraussetzen, richtig zu entscheiden? Wie kann z. B. ein Haarrbeiter das Für und Wider eines Streitfalls in der Teppichindustrie richtig abwägen, und doch sind beide Industriezweige ein und derselben Gruppe des Gewerbeschiedsgerichtes unterworfen. Sollte das Gewerbeschiedsgericht in dieser Hinsicht seinen Zweck erfüllen, so müßte jede Industrie in einer besonderen Fachabtheilung durch zwei Schiedsrichter (Arbeiter und Patron) vertreten sein.

Weitere Reformen wären darin nöthig, die Sporteln für Anrufung des Gewerbeschiedsgerichtes abzuschaffen. Dieselben stellen sich Summa Summarum als ziemlich bedeutend heraus, betragen nicht weniger als 43 Franks

*) Der Sekretär des Pariser Gewerbeschiedsgerichtes genießt einen Gehalt von 2200 Franks, die Vorladungen und Protokollkopien ergeben ungefähr einen Zuschuß von 2500 Franks. Die Sekretäre der Gewerbeschiedsgerichtes der Textilindustrie, der Metallindustrie und der Abtheilung für gemischte Produkte beziehen noch je einen Wehrgeld von 4000 Franks. Der Sekretär des Schiedsgerichtes für „gemischte Industrien“ erreichte in seinen Einnahmen außer dem Fixum von 2200 Franks: 1879: 6200 Franks, 1880: 9500 Franks, 1881: 16 200 Franks, 1882: 13 000 Franks, 1883: 14 025 Franks. Die Ziffern sind insofern interessant, als sie das stetige Anwachsen der Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beweisen. — 1 Frant = 80 Pfennige. 10 Cts. (Centimes) = 8 Pfennige.

**) Jede der vier Gruppen ist wieder in sogenannte „Kategorien“ zerlegt. Die Gruppe für „gemischte Industrien“ umfaßt z. B. 177 verschiedene Produktionszweige, die in sechs Kategorien zerfallende Gruppe für „Textilindustrie“ 235 Industrien, von denen auf die erste Gruppe allein 114 kommen.

60 Cts., eine Summe, die nicht jedem Arbeiter erschwingbar ist, oft auch den streitigen Betrag übersteigt.

Die Nachteile, die aus der Nichtbefolgung der Schiedsrichter erwachsen, haben wir bereits angedeutet. Nur sei noch hinzugefügt, daß trotz der materiellen Opfer, welche für einen Arbeiter mit Erfüllung des Mandats als Schiedsrichter verknüpft sind, gerade die Arbeiter ihre Amtspflichten gewissenhafter erfüllen als die Fabrikanten und Unternehmer. Letztere ziehen durch ihre häufige Abwesenheit bei den Sitzungen die Verhandlungen oft in die Länge, und die gelinde Strafe — eine Klage oder zeitweilige oder dauernde Entziehung der „Würde“ — ist kein genügend starker Grund, zu strenger Ausübung der Amtspflicht anzuhalten. Das Gesetz müßte an dieser Stellung durch Befolgung der Schiedsrichter und strenge Ahndung jeder Nachlässigkeit einschreiten.

Schiedsrichter, welche mit einer „Expertise“ beauftragt sind, werden in Paris mit 10 Franks pro Tag entschädigt.

Wir haben bereits am Eingange darauf hingewiesen, daß die französischen Arbeiterorganisationen, besonders die sozialistischen, der Einrichtung der Prud'homme große Bedeutung zuerkennen, und deshalb eine Weiterentwicklung derselben im demokratischen Sinne forderten. Die Einrichtung empfahl sich nicht nur vom praktischen Standpunkte aus als ein im Allgemeinen schnelles, sicheres und billigeres Mittel, dem Arbeiter gegebenen Falles zu seinem Recht zu verhelfen, sondern sie bot auch die Möglichkeit, die höher gestiegene Entwicklung der Arbeiterklasse, deren Bestrebungen um Gleichberechtigung in allen öffentlichen Vorgängen zu dokumentiren, sie erwies sich als ein populäres Bildungsmittel.

Soll das Gewerbeschiedsgericht diese Zwecke, der täglich steigenden Entwicklung der Arbeiter und der Veränderung der Produktionsbedingungen entsprechend, in immer höherem Maße erfüllen, so muß die bestehende Fassung der einschlägigen Gesetze noch wesentlichen Reformen unterzogen werden. Das Amt als Schiedsrichter, sowie die Anrufung des Conseil de Prud'homme muß jeder in der Produktion beschäftigten Person offen stehen, das Gewerbeschiedsgericht selbst muß die einzige und letzte Instanz sein, die in gewerblichen Streitfragen entscheidet, und seine Urtheile müssen Gesetzeskraft haben.

Die verschiedenen Kongresse der Gewerkschaften und der sozialistischen Arbeiterparteien haben wiederholt ein Programm diesbezüglicher Reformen aufgestellt. Allen Organisationen hat jedoch bis jetzt die Kraft gefehlt, die Verwirklichung ihrer Forderungen durchzusetzen.

So beschäftigte sich erst Ende Mai der in Lille tagende „Arbeiterkongreß des Nordens“ ausschließlich und eingehend mit der Frage einer Revision der Gesetze über das Gewerbeschiedsgericht.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen verschiedener sozialistischer Kongresse früherer Jahre stellte der Kongreß zu Lille folgende Forderungen auf:

1. Errichtung eines Gewerbeschiedsgerichtes in jedem Hauptort eines Bezirkes und jeder industriellen Ortschaft.
2. Aktives und passives Wahlrecht für den Conseil de Prud'homme ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund des politischen allgemeinen Wahlrechts. Das passive Wahlrecht ist an eine dreijährige Ausübung des Berufs geknüpft.
3. Alle Streitfälle, die sich anlässlich der Arbeit und ihrer Folgen in allen Gewerben, ohne Ausnahme, erheben können, sind der Rechtsprechung der Prud'homme unterworfen.
4. Befolgung der Arbeiterschiedsrichter durch den Staat, in Gemäßheit des betreffenden örtlichen Lohnmaximums.
5. Aufhebung von Einspruch, endgültiges Urtheil der Gewerbeschiedsrichter ohne Rücksicht auf Höhe der Streitsumme.
6. Beaufsichtigung der Werkstätten, Läden, Comptoirs u. s. f. behufs Durchführung der diesbezüglichen Gesetze durch die Prud'homme.
7. Unentgeltliche Rechtsprechung. Inkrafttreten des Urtheilspruches nach 48 Stunden.
8. Nichtigkeitserklärung aller Werkstatt- und Fabrikordnungen die von den Arbeitgebern aufgestellt sind. Bestrafung aller Unternehmer, die eigenmächtige Fabrikordnungen aufstellen.

Das Reformprogramm deutet die Mängel an, welche den bestehenden Gewerbeschiedsgerichten anhaften und ihre Wirksamkeit bedeutend einschränken und lähmen. Die Arbeiterorganisationen haben gezeigt, daß sie in der vorliegenden Frage wissen, was sie wollen. An ihnen ist es jetzt, zu beweisen, daß sie dem Willen und Wissen das Können folgen lassen.

In Frankreich weht gegenwärtig ein Wind für Arbeitsgesetzgebung und die politischen Verhältnisse, der Boulangismus und die bevorstehenden Wahlen, machen die Bundesgenossenschaft der Arbeiterklasse zu einer gesuchten und geschätzten. Die Umstände sind also günstig, die Kraft und den Einfluß der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen, betreffs des Gewerbeschiedsgerichtes sowie der Arbeitsgesetzgebung überhaupt ernste Erfolge zu erzwingen, ohne das Erstgeburtsrecht des Proletariats für ein Linjengericht zu verkaufen.

Politische Nachrichten.

Die französische Kammer genehmigte am 11. d. M. die beiden ersten Artikel des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit. Das Gesetz unterjagt die Beschäftigung der Kinder unter 13 bezw. (wenn sie das Abgangszeugniß der Volksschule haben) unter 12 Jahren in Fabriken, Werkstätten, Läden u., auch wenn diese Anstalten einem Unterrichts- oder wohlthätigen Zwecke dienen. Letzterer Zusatz, vom Bischof Freppel bekämpft, wurde mit 344 gegen 173 Stimmen angenommen. Andererseits wurde der Antrag Yves Guyot, das Gesetz nicht auf Frauenarbeit auszudehnen, abgelehnt. Diese Artikel beschränken

*) Die Antwort, welche der Polizeipräsident Renault einer Vertretung der Gewerkschaften gab, die ihre Harmlosigkeit beweisen wollte, ist charakteristisch: „Wenn auch bis jetzt durch die Organisation der Gewerkschaften noch nichts geschehen ist, so ist doch gut, dem vorzubeugen, was eines Tags noch ihr zu Folge geschehen könnte!... Der Organisation ist nichts vorzuwerfen, außer daß sie Fachkurse gründet, was uns (der Polizei) eben nicht gefällt...“ Man vergleiche mit dieser Antwort verschiedene Auslassungen des seligen Herrn von Puttkamer über die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Die Ähnlichkeit ist so schlagend, daß man sich fast fragen möchte: sollte Herr Puttkamer die Polizeipräsidenten Napoleon's und Thiers ausbaldowern haben? In Frankreich hatte es einer Revolution wie derjenigen der Kommune bedurft, eine solche Reaktion heraufzubeschwören, in Deutschland genügten ein paar Revolverschüsse.

die Arbeitszeit für Frauen und für Mädchen über 18 Jahren auf 11 Stunden täglich und 6 Tage wöchentlich und verbieten als Regel unter Vorbehalt besonderer Erlaubnis die Nachtarbeit zwischen 9 Uhr Abends und 5 Uhr früh, sowie die Beschäftigung von Wöchnerinnen innerhalb 4 Wochen nach ihrer Entbindung.

Henry George, der einst so rasch Anhang in amerikanischen Arbeiterkreisen fand, hat sich ebenso rasch unmöglich gemacht und darf jetzt als endgültig beseitigt betrachtet werden. Es ist schade um ihn. Er hat Fähigkeiten, aber er dünkte sich unfehlbar. Er glaubte, mit seiner „einzigen Landsteuer“ das soziale Rettungsmittel gefunden zu haben und wie alle Sektierer wurde er intolerant und tyrannisch gegen diejenigen, welche nicht auf die Worte des Meisters schworen. Mit dem Krieg, den er gegen die Sozialisten führte, begann sein Stern zu sinken. Er brach das Rückgrat der „United Labor Party“ (Bereinigten Arbeiter-Partei) als er sie, die zielbewussteste, thätigste und opferwilligste Gruppe, aus der Partei vertrieb. Ihr Verfall war von da ab nur eine Frage der Zeit. Und da sie nun dem Ehrgeiz des Mannes keine Stütze mehr bot, ging er zu den Demokraten über, in deren Lager er auch gehört. Denn seine „einzige Landsteuer“ könnte schließlich auch, wenigstens in modifizierter Weise, zum Beispiel auf die Städte beschränkt, von dieser Partei aufgenommen werden. Es ist leßthin gemeldet worden, daß seine „Idee“ viel Anklang unter der handeltreibenden Mittelklasse finde. Daran ist gar nichts merkwürdiges. Daß diese die Steuern von sich ab- und auf die Landlords in Form der einzigen Grundsteuer wälzen wollen ist ja ganz begreiflich. Unter diesen Leuten mag George noch eine Rolle spielen können. — Nun bleibt noch Mc Lynn übrig, um den sich der Rest der „United“ schaart. Wie lange noch? Der Mann mag ehlich sein, aber seine religiösen Schwärmereien verderben ihn. Das Traurige an der ganzen Sache ist nur, daß die politische Arbeiterbewegung in New-York, welche so hoffnungsvoll begann, von diesem „Propheten“ gänzlich verhungert wurde und nun wahrscheinlich für Jahre nicht wieder in Gang gebracht werden kann.

In Belgien haben die Kammerwahlen stattgefunden, ohne die Herrschaft der Klerikalen erschüttert zu haben. Das bisherige Gesamt-Wahlergebnis stellt die Zusammensetzung der künftigen Kammern also fest. Senat: 44 Klerikale, 16 Liberale, 9 Sitze stehen noch zur Stichwahl und zwar 8 in Brüssel und 1 in Nivelles. Kammer: 81 Klerikale, 38 Liberale, 19 Sitze stehen zur Stichwahl, davon 16 in Brüssel, 3 in Nivelles. Selbst wenn die Liberalen in den Stichwahlen siegen, ist die klerikale Herrschaft für die nächsten Jahre fest begründet. Die Stichwahlen finden am künftigen Dienstag statt.

Der Entwurf der Alters- und Invalidenversicherung ist von den Ausschüssen des Bundesrats, die mit seiner Vorberathung seit Wochen beschäftigt sind, in wesentlichen Punkten abgeändert worden. Die einschneidendste Aenderung soll der „Frankf. Ztg.“ zufolge darin bestehen, daß die Organisation der Alters- und Invalidenversicherung nicht an die Berufs-Genossenschaften angeknüpft wird sondern an regionale (nach örtlichen Bezirken abgegrenzte) Verbände. Sobald die erste Lesung beendet ist, wird den Bundesregierungen Gelegenheit gegeben werden, sich über die Vorlage zu äußern. Nach der zweiten Lesung gedenkt man den Entwurf der Öffentlichkeit zu übergeben.

Briefsperrre. Vor einiger Zeit meldeten wir, daß bei dem Tischler Herrn Thierbach eine Hausfuchung stattgefunden hatte. Im Anschluß hieran ist über Herrn Thierbach nun außerdem noch die freundliche Maßregel der Briefsperrre verhängt worden. Das führt nun zu den kuriosen Folgen. So wurde Herrn Thierbach am 7. d. M. von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben des Polizeipräsidenten übermittelt, das am 30. v. M. an L. abgegangen war und die Genehmigung zu einer längt stattgefundenen Kommunalwählerversammlung feierlichst erteilte. Ein Meißer theilte Herrn L. mit, er solle eine Arbeit sofort übernehmen; nach 12 Tagen, als es längt zu spät war, gelangte die Karte wirklich in die Hände des Adressaten.

Auf den großen Maurerprozeß in Berlin, der mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten endete, kommen wir in nächster Nummer eingehend zurück. Einstweilen den 40 Angeklagten unsern herzlichsten Glückwunsch!

Hausfuchungen, Auflösungen, Verbote. Umfassende Hausfuchungen fanden am Donnerstag, den 7. Juni, im Stadt-Direktionsbezirk Stuttgart statt. Von Morgens 4 Uhr an entwickelte fast die gesamte Polizeimannschaft eine fieberhafte Thätigkeit. Unter den Behausungen und Sistirten befinden sich u. A. die Herren Altreuther, Bohne, Fischer, Gilbert, Götz, Gutkunst, Heim, Holoch, Karl Kloth, Vorstand des deutschen Tischlerverbandes, bei welchem sämtliches auf den Verband bezügliche Material beschlagnahmt wurde, Kerschmar, Lübeck und Schröter. Von ca. 40 bis 50 Behausungen ist noch die Mehrzahl sistirt. — In Solingen wurde der Reichstagsabgeordnete Schumacher mit einer Hausfuchung beehrt. Zugleich wurde Herrn Schumacher eröffnet, daß auch gegen ihn die Untersuchung wegen Geheimhändelei und wegen Verbreitung verbotener Schriften seit dem 23. März d. J. eingeleitet sei und daß die an den Angeklagten gerichteten Briefe mit verdächtigem Inhalt an eine andere Adresse als an die Schumacher's gingen. — Vorige Woche meldeten einige Blätter, daß einer der in Rheinpreußen verhafteten Sozialdemokraten irrsinnig geworden sei. Die Leipziger Märzrazzia, welche den bekannten Prozeß-Rattenkönig in die Welt gesetzt hat, kann mit einem ähnlichen Erfolge ausfallen. Einer der Verhafteten, der junge Schriftsteller Tölcke, ein Sohn des „alten Tölcke“ in Jericho, ist in der Haft von einer Geistesstörung befallen worden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo er, mit geringer Aussicht auf volle Wiedererholung, darnieder liegt. — In Leipzig hat am Sonnabend der dritte der Prozesse auf Grund des Märztags-Flugblattes stattgefunden, gegen 14 Angeklagte, die — mit einer einzigen Ausnahme — zu 3 1/2 bis 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, in Summa zu einundfünfzig Monaten Gefängnis — was für die drei Prozesse zusammen die statliche Zahl von hundertundneunundsechzig Monaten Gefängnis ergibt — mit der Untersuchungshaft, welche sich in Summa auf achtzig Monate belaufen dürfte, in runder Summa auf zweihundertfünfzig Monate oder einundzwanzig Jahre Gefängnis! Und das alles wegen eines Flugblattes, das an „aufbegehrender“ Kraft des Inhaltes den unbeanstandet verbreiteten Antisemiten-Flugblättern auch nicht entfernt das Wasser reicht. — Am 6. d. M. wurde in der Redaktion des Leipziger „Wähler“ nach dem Manuskript des Berichtes über die vorliegende Gerichtsverhandlung gehausucht. Gefunden wurde nichts. — In der Nacht zum Montag wurden in Berlin der Selbigher Kräfte (Vange Straße) und der Goldarbeiter Max Frenzel (Kiegnitzerstraße) an der Ecke der Mariannen- und Reichenbergerstraße von Kriminalbeamten verhaftet. Auf dem Polizeirevier in der Reichenbergerstraße wurden sie einer körperlichen Untersuchung unterzogen, bei welcher mehrere Nummern des „Sozialdemokrat“ gefunden wurden. Dann wurden beide am Wolkenmarkt festgesetzt. Am anderen Morgen fanden Hausfuchungen in ihren Wohnungen statt.

An die Tischler Berlins. Warnung!

Die Werbekommission der Hamburger Innungsmeister sucht in allen Städten Deutschlands Tischlergesellen nach Hamburg zu locken, um die dortigen streikenden Tischler ihren innungsmeisterlichen Vorschriften gefügig zu machen, die Löhne herabzudrücken und die von den Hamburgern mit großen Opfern erkämpfte Position durch Zerstörung der Gesellenorganisation zunichte zu machen.

Es liegt im Interesse der Tischlergewerkschaft ganz Deutschlands, den „arbeiterfreundlichen“ Plan der Innungsmeister zu durchkreuzen und den Hamburger Kollegen in ihrem Kampfe gegen die Arbeitgeber beizustehen. Es ist deshalb notwendig, **allen Zuzug von Hamburg fernzuhalten** und durch Aufbringen von **Geldmitteln** mit den Streikenden sich solidarisieren zu erklären.

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.

Allen Männern der Arbeit empfehle mein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.
W. Haugk, Weinstraße 22.

**Sophas, Divans
und Plüschgarnituren,**
sowie alle Arten Polstermöbel auf Theilzahlung. Umpolstern etc. reell und preiswerth.
C. Wildberger
Tapezierer und Dekorateur,
Berlin S., Kommandantenstr. 60.

E. Kuntze,
Stalitzerstr. 13. (Zum lustigen Stiefel) empfiehlt seinen reichhaltigen und kräftigen Frühstück- u. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Abendstisch nach Auswahl zu soliden Preisen.

Cigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von
C. Klein.
15. Mitterstraße 15.
Daselbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (E. H. 60.)

Cigarren- und Tabaks-Fabrik
von
H. Gumpel,
Berlin N. O., Barnimstr. 42.
Lager von Rauch-, Kau- und Schnupftabak, sowie russischer und türkischer Cigarretten.

Zwei gebrauchte
Wheeler-Wilson-Maschinen
billig zu verk. bei N. Thielcke, Gerichtsstr. 57.

**Arbeitsnachweis der Maler
Berlins.**
Mitterstraße 123, Restaurant Sodke.
Jeden Abend von 8-9 Uhr, außer Sonnabend und Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr, unentgeltliche Arbeitsvermittlung.
Die Bevollmächtigten der Filiale Berlin.

**Der Arbeitsnachweis
des Vereins zur Wahrung der
Interessen der Schuhmacher**
befindet sich im Verkehrslokal, Weinstr. 11, bei Robert und ist mit Ausnahme Sonnabend, jeden Abend von 8 1/2-10 Uhr und Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr geöffnet.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Buchhandlung und Buchbinderei
von **R. Kohlhardt, Brandenburgstraße 56,**
empfiehlt sich zur Anfertigung jeder Buchbinderarbeit, sowie zur Lieferung sämtlicher wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften.
NB. Abonnements auf die „Berliner Volkszeitung“ werden stets entgegen genommen.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik
von
Max Busse
157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle,
verkauft jetzt **sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren
zu **fabelhaft billigen Preisen.**
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Verband deutscher Zimmerleute.
General-Versammlung
sämtlicher Berliner Lokalverbände.
Sonntag, d. 17. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Kommandantenstr. 72.
Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten.
2. Wahl des Verbands-Ausschusses.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.
Die Vorstände.

Fachverein für Schlosser.
Sonnabend, den 23. Juni:
Großes Sommerfest
im Neuen Gesellschaftshause
Hafenstraße Nr. 57.
Von 4 Uhr ab **Gr. Gartenkonzert.** Nach dem Konzert **Tanz-Kränzchen.** Um 9 Uhr: groß. Kinder-Fadenzug. — Billets à 25 Pf. bei Herren Plog, Brandenburgstraße 56; Schrey, Jossenerstr. 55; Adkerly, Alvenslebenstr. 19 v. IV; Schwertel, Oranienstr. 28 II.
Es ladet ergebenst ein
Das Vergnügungskomitee.

Internationale Bibliothek

Verlag von J. G. W. Dietz, Stuttgart.

Band VI.: **August Bebel, Charles Fourier.** (Preis elegant gebunden M. 2,50) liegt beendet vor.

Nunmehr gelangt zur Ausgabe:

Max Schippel, das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung. (Complet in 3 Heften à 50 Pf.)

Die beiden ersten Hefte sind bereits erschienen.

Zu beziehen durch die

Expedition des „Berliner Volksblatt“, Zimmerstraße 44.

Verein der Sattler und Fachgenossen.

Heute, **Sonnabend, 16. Juni,** Abends 8 1/2 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.**

Tagesordnung:

1. Gewerkschaftliches.
2. Beschlußfassung der Dampferpartie.
3. Verschiedenes.
4. Fragkasten.

Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Verein zur Unterstützung erkrankter Mitglieder der Maurer Berlins.

Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr, in **Scheffer's Lokal, Inselstraße 10.**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn E. Pantow: „Wie verhütet man Unfälle, und wie kommt man zu seinem Recht?“
2. Diskussion.
3. Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten, und Fragkasten.

Gäste haben Zutritt, Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

veranstaltet am **25. Juni** in **Ritter's Volksgarten, Hafenstraße 14-15,** ein
großes Sommerfest,
wozu Billets bei den Herren
J. Ringer, Admiralsstr. 3, Seitenfl. II.
E. Kunze, Ruppinerstr. 2, II.
H. Krause, Alexandrinenstr. 116a, Seitenfl. IV.
W. Ropke, Restaurant, Oranienstr. 197,
sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben sind.

Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter

befindet sich nach wie vor Waldemarstr. 61 im Restaurant **Pfister.** Die Adressenangabe findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder wie auch an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

Die Arbeitsvermittlungskommission.

Eine Nacht in einer Londoner Penne.

Nach Geo. R. Sims.*)

Schlagen wir einen Seitenweg von East-street, Walworth-road, ein, so finden wir uns bald in einem verworrenen Netz von Straßen.

Überall steigt der anwidrige Geruch von Fischen auf, die hier massenhaft gepökelt und geräuchert werden. Die Lichter werden allmählich spärlicher, die Straßen enger. Die Laternen stehen weiter von einander ab, der einzige helle Schein kommt aus Destillen und Kaffeeklappen.

Noch eine Gasse hinab, dann durch einen niedrigen Thorweg in ein Gehöft, dann wieder ein Gäßchen hindurch in einen Hof, und wir stehen vor unserem Ziele, einem zweistöckigen Haus mit breiter Front, das selbst in seinem Verfall noch eine bessere Bauart erkennen läßt, als die elenden Hütten ringsum. Vor langer Zeit war es vielleicht die Vorstadtresidenz eines wohlgestellten Bürgers, jetzt ist es eines der niedrigsten common lodging-Häuser.

Mitternacht ist nahe, nur selten taucht in der Nähe eine Gestalt auf, sonst ist Alles verlassen. Sonnabend ist es und so füllt sich unser Nachtquartier erst langsam. Wenn wir jetzt schon eintreten, so werden wir vielleicht genauer ausgeforscht, als es angenehm und rathsam ist. Stellen wir uns daher gegenüber unter einen finsternen Thorweg und warten wir, bis das Haus voller ist. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir dann wegen Ueberfüllung abgewiesen werden — diese Häuser sind nie besucht genug in den Augen ihrer Wirthe.

Jetzt zeigen Hof und Nachbarstraßen mehr Leben. Die Kneipen sind geschlossen oder schließen eben, die Elenden suchen ihre Ruhestätten, so weit sie welche besitzen, während Andere, die nicht einmal einen Groschen übrig haben, ihr Lager abseits von den belebteren Straßen wählen, auf Treppen oder unter irgend einem Fuhrwerk.

Auch in unserem Schlupfwinkel sollen wir nicht allein bleiben. Ein alter Mann, mit einem Korb voll frisch gesammelten Vogelfutters, nimmt neben uns Platz. Er war den ganzen Tag unterwegs — seit dem frühen Morgen, wie immer — um seinen Korb voll zu bekommen, dessen Verkaufspreis höchstens eine Mark beträgt. „Die Zeiten sind sehr schlecht“, winselt der Alte, nachdem er gefragt, ob wir nicht etwas Tabak haben. „Sie bauen Alles zu, man hat so weit zu gehen, ehe man etwas findet.“

Wir händigen ihm eine geringe Menge einer groben Sorte Tabak ein — mehr zu geben würde uns verrathen — und den Thorweg verlassend, nähern wir uns jetzt unserem gewählten Nachtquartier.

In dem trüben Licht einer herabgebrannten Lampe — öffentliche Gasbeleuchtung giebt es in dem Hofe nicht — entziffern wir über der Thüre: Konfessionirtes Logirhaus für Männer und Weiber. Rechts und links von den Pfosten steht: Geöffnet während der ganzen Nacht; Preis 1 Penny und 2 Pence; mit Feuerung und Frühstück 4 Pence.**)

Welcher Art das Frühstück ist, muß für uns ein Geheimniß bleiben, da es nicht unsere Absicht ist, bis früh zum Morgen hier zu sein. Aber es wird uns versichert, daß man belegtes Brot und Kaffee erhält, von Beidem ziemlich wenig und Beides von zweifelhafter Qualität.

Stoßen wir die Flügelthür auf und treten wir in den Flur ein. Ein Mann, wenig vertrauenswürdig und in dem alten Barockrock eines Bahndieners siedend, mustert uns mit einem scharfen Blick und streckt schweigend seine schmutzige Hand entgegen. In gleicher Ruhe verabschieden wir ihm den höchsten Preis, der sofort in einer runden Oeffnung in der Wand hinter ihm verschwindet; wir hören noch, wie die Münze klirrend in die Eisenbüchse hinunterfällt, zu der nur der Eigentümer dieses elken Loches den Schlüssel hat.

Wir stehen einen Augenblick ungeschlüssig, ob wir den Korridor entlang, oder die Stiegen nach oben oder unten gehen sollen; nur im Korridor flackert ein Lichtstumpf.

„Ein Penny hierhin“ — der Pförtner zeigt nach unten. „Zwei Pence nach oben“ — dann sinkt er wieder in sein Stillschweigen zurück.

Wir gehen also nach oben, aber bei jedem Schritt, den wir in der pechschwarzen Nacht vorwärts tappen, straucheln wir über ein paar Schläfer, die zu betrunken sind, um weiter hinauf zu gehen, und die auch mit diesem Lager ganz zufrieden sind. Ein Fluch fährt auf uns ein, wenn wir einen zu unsanft stoßen. Wir erwidern ihn kräftig, um nicht aus der Rolle zu fallen.

Der erste Stod ist, wie wir bei dem trüben Schein, der durch die Fenster fällt, erkennen, scheußlich vollgepfropft.

Wir gehen darum weiter nach oben, außerdem befehrt uns ein Fischgeruch, daß oben die Küche ist.

Endlich, nachdem wir zweimal beinahe durchgebrochen und einmal gefallen sind, sind wir da, und während wir uns verschlafen, mustern wir das eine große Zimmer, in das die drei früheren verwandelt worden sind.

Himmel! welch ein Anblick! Auf den Dieben, die mit nichts bedeckt sind als mit einer Schicht von unbeschreiblichem Schmutz, liegen Männer, Frauen, Kinder, manchmal mehr in Haufen wie Reiben, zerlumpt, barfuß, schmutzig. Hinter einem Savoyarden mit einem Affen und einer Drehorgel liegt ein alter Mann, seinen Kopf auf den Knien eines Mädchens von acht oder neun Jahren geborgen, aus dessen einnehmendem Gesichtchen die thränengefüllten Augen angstvoll in die Brauen erregende Umgebung starren. Um den Herd sitzt eine Gruppe von Männern, die Flundern züchten, deren Geruch uns schon auf der Treppe auffiel. Es sind Diebe, die eben das Gefängniß verlassen haben und bald dahin zurückkehren werden!

Weit hinten im Zimmer entdecken wir einen leidlich reinen Fleck, den wir für uns wählen wollen. Leichte Trunkenheit heuchelnd, treten wir ein und bahnen uns sorgsam einen Weg. Man achtet kaum auf uns, nur die Gruppe am Herd wirft verdächtige Blicke. In der Ecke angekommen, lagern wir uns, als ob wir schliefen. Das Glück fügt es, daß wir gerade neben einem zerbrochenen Fenster sind, trotzdem ersticken wir halb. Selbst den Habitus dieses „konfessionirten und inspizierten“ Logirhauses wird die Hitze unerträglich.

Plötzlich beginnt eine Schlägerei. Wenige Schritte nach rechts von uns liegen in leblosem Schlaf zwei Weiber und ein Mann hingestreckt. Sie sind offenbar um ein geringes besser daran als die Umstehenden. Vielleicht sind sie auch wirklich, was man bei allen Anwesenden zunächst voraussetzt — Wanderarbeiter, die von der Hopfenernte in Kent zurückkehren; sie haben wenigstens Jeder ein Bündel, das als Kopfstütze dient. Schon mancher gierige Blick ist auf diesen armseligen Schatz gefallen, besonders von den Lumpen dort am Feuer. Nichts ist klarer, als daß die Eigentümer kaum lange im Besitz dieser Dinge bleiben werden; ein Zufall beschleunigt die unvermeidliche Katastrophe. Eine der Frauen dreht sich im Schlafe um, und wie sie das thut, guckt unter ihrem Kleid eine Schnapsflasche mit Rum heraus. Das wirkt aufregender wie der rothe Lappen auf den Stier. Ein Mann kriecht heimlich über die knarrende Diele hin; da ist er bei der Frau, die Flasche packend, und er hat sie. Die Frau wacht in demselben Augenblick auf, wie er mit der Beute fortzuschleichen will; sie sieht den Dieb und mit gellendem Schrei packt sie ihn am Bart. Nun ist die ganze Hölle entseffelt. Man hört nur noch Schläge und Flüche. Krach! da geht die Bank entzwei, sie muß ebenso wie der holzerne Eimer als Waffe dienen. Wären Feuerhaken, Kessel und Bratpfanne nicht an einer schweren, sicheren Kette befestigt, sie würden auch benützt werden.

Es ist Zeit, daß wir uns flüchten. Wir drücken uns an der Wand hin und gehen wieder die Treppe hinab, dabei auf den Thürhüter stoßend, der sich eben anschiebt, oben Ruhe zu stiften.

Da stehen wir wieder im unteren Korridor, unsere Sinne sammelnd; der Lärm oben nimmt ab unter den wichtigen Argumenten, welche der Thürhüter mit einem dicken Ochsenziemer vorbringt, der an dem einen Ende mit Blei ausgegossen ist. In den anderen Räumen rührt sich keine Menschenseele.

Der Friedensengel trampelt wieder die Treppe hinunter, wir gehen in das hintere Zimmer, da wir ihm nicht begegnen wollen.

Sowie wir im Zimmer stehen und die Thür hinter uns geschlossen haben, müssen wir halten. Nicht wegen Mangels an Licht, denn wenn auch die eine Lampe, die sonst hier brennt, längst erloschen ist, und wenn in der Ein-Penny-Abtheilung, in der wir jetzt sind, auch nicht für Feuerung gesorgt ist, so ist doch der Mond aufgegangen, und sein blaßes Licht fällt durch das zerbrochene Fenster auf den Boden.

Ist joll' ein Anblick in unserer Gegenwart noch möglich? Oben waren auch Kinder, es ist wahr, aber es waren ihrer immer noch wenige, und sie hatten ihre Eltern oder irgend eine Art Beschützer bei sich. Hier sind lauter Kinder, Knaben und Mädchen in jedem Alter, von sechs Jahren bis zu sechzehn, einige noch mit der ganzen Frische der Unschuld im Gesicht, andere schon vom Laster mit seinem Rainsmal gezeichnet. Meist sind es arme Hausirer mit Streichhölzern und Wachslöchern, aber auch viele berufsmäßige Diebe sind unter ihnen. Aber gleichviel, was sie sind, meistens leben sie schon in Paaren zusammen. Knaben und Mädchen haben einen engen Bund geschlossen, der wahrscheinlich dauern wird, so gut, als wenn ihn die Kirche gesegnet hätte, und der erst aufhört oder unterbrochen wird, wenn der Tod — oder das Gefängniß dazwischen tritt.

Und wie hat das Elend, der Mangel, der wüthende Hunger sich in alle diese verkümmerten Gesichter eingepreßt. Furchtbar! Furchtbar!

Wir schauern und stehlen uns wieder hinaus. Der Thürhüter ist noch an seinem Platz; er scheint

zu schlafen, wie er auf seinem Stuhl sitzt, das Haupt gegen die Wandhöhlung gelehnt, welche die Nachtgelber aufnimmt; aber eine krampfartige Bewegung seines Kopfes macht uns stutzig, und da wir keine lange Fragerei wünschen über den Grund unseres frühen Abschiedes und unseres Hierseins, so ziehen wir uns hastig in einen anderen Raum zurück.

Aber hier herrscht in dem ganzen elenden Loch ein Geruch, das wir hinaus müssen.

Der Cerberus am Eingang schläft jetzt wirklich und so sind wir denn in zehn Minuten auf Walworthroad.

Es ist ein heller, frostiger Morgen, und wie wir die Westminsterbrücke überschreiten, die frische Luft schlürfend und Lust zum Rauchen spürend, treffen wir einen Schutzmann.

„Können Sie mir vielleicht Feuer geben?“ fragen wir in unserem verbindlichsten Tone, unser Aussehen ganz vergeßend.

„Feuer! Ich werde Sie gleich anfeuern, wenn Sie nicht machen, daß Sie fortkommen,“ erwiderte Nr. X 981; und wie es vom Thurme die fünfte Morgenstunde des 31. Oktober 1886 verflündet, da besinnen wir uns erst, als was wir erscheinen.

Die realistische Poesie.

Nach einer verbreiteten Meinung walten auf dem Gebiete des Schönen keine dauernden, allgemein gültigen Gesetze. Man begründet diese Meinung durch den Hinweis auf die Geschichte der Kunst, welche einen fast beständigen und oft extremen Wechsel des Geschmacks zeigt.

Wenn nun auch dieser Hinweis nicht ausreicht, um die Gesetzmäßigkeit der Aesthetik festzustellen, — die Gesetze liegen eben tiefer, als unpsychologische Historiker zu schauen pflegen — so ist doch das Eine wahr, daß die Wirkung der ästhetischen Elementargesetze auf den menschlichen Geist sich modifizirt nach der Verfassung des Geistes; und die Verfassung des menschlichen Geistes ist jener wechselnde Faktor, die variable Größe in der Geschichte des Geschmacks; der Ideenkreis, die Weltanschauung, das Gemüth, die Interessen der Menschen sind verschieden bei den einzelnen Völkern und in den einzelnen Kultur-Epochen.

Stellen wir uns beispielsweise vor, ein Sänger zur Zeit der Kreuzzüge höre Schiller's Gedicht „Die Götter Griechenlands“; würde er dasselbe schön finden? Sicherlich könnte er gar nicht zu einem ästhetischen Genuß gelangen; und zwar deswegen, weil Schiller's heidnisch-hellenische Ideen die Weltanschauung frommer Kreuzritter unbefriedigt lassen und sogar verstimmen würden.

Dies Beispiel führt uns zu dem richtigen Satz: So oft die Weltanschauung einer Zeit wesentlich neue Ideen aufnimmt und sich also verändert, findet auf dem Gebiete des Geschmacks ebenfalls eine Veränderung, eine Seceffion statt; das neu entstandene Zeitbewußtsein will befriedigt werden und vermag nicht in jener von den alten, abgelegten Ideen getragenen Kunst Befriedigung zu finden, sondern allein in einer neuen Kunst, welche aus der neuen Weltanschauung hervorwächst.

Die Vertreter der alten Ideen pflegen begreiflicherweise außer Stande zu sein, die neue Geschmacksrichtung zu theilen oder nur zu verstehen und leisten dem Andrängen der moderneren Kunstströmung Widerstand, bis plötzlich ein Tag kommt, wo man diesen Widerstand nicht mehr begreifen kann — ein Schauspiel, welches sich z. B. im vorigen Jahrhundert darbot, als gegen die nüchternen und fremdländischen Ideen Gottscheds und der oberflächlichen Wasserpoeten die von Naturschwärmerei getragene Weltanschauung der Stürmer und Dränger ankämpfte. Damals, während schon Klopstock und Lessing, Göthe und Schiller wirkten, war ein Mann, wie der um die deutsche Sprache und Literatur vielfach verdiente Abelung noch derartig in den alten Ideen befangen, daß er schreiben konnte: Entweder hat Obersachsen den guten Geschmack von 1740 bis 1760 (!) gänzlich verfehlet, oder die Wege, welchen man seitdem in den Provinzen (d. h. durch Göthe, den Frankfurter, Schiller, den Württemberger) gefolgt ist, sind Abwege und Verirrungen.“ — Auch die Gegenwart hat ihre Abelungen, welche in den Bestrebungen des modernen Realismus nur Abwege und Verirrungen sehen. Aber wie Göthe's und Schiller's einst verspottete Poesie triumphirte, so wird auch der realistische Geschmack den völligen Sieg über das eng klassizistische Schönheitsgefühl gewinnen, und zwar deswegen, weil der moderne Realismus in einer Weltanschauung wurzelt, einer großen, starken Weltanschauung, welcher die Zukunft gehört. Um das nachzuweisen, werde ich diese Weltanschauung in knappen Grundzügen zur Darstellung bringen.

Im Bunde mit kühnen Philosophien und den noch lebenden Ideen der Freiheitsbewegung des vorigen Jahrhunderts haben die Erfahrungswissenschaften einen eigenthümlichen Geist gezeitigt. Durch ihre Erfolge ist in weiten Kreisen ein unbegrenztes Vertrauen zur naturwissenschaftlichen Methode wachgerufen, zugleich aber der Glaube an viele alte Ideen und an die Autoritäten, welche dieselben stützen, erloschen. Die Stelle des alten Glaubens wird eingenommen vom Scepticismus und leidenschaftlicher Kritiksucht. An alle überlieferten Anschauungen, Sagen und Zustände in Religion, Moral, Erziehung, Recht, im

*) Wir entnehmen diese Schilderung dem demnächst zur Ausgabe gelangenden Hefte der „Internationalen Bibliothek“, Stuttgart, J. G. B. Dietz. — Sims hat eine ganze Reihe ergreifender Bilder aus dem Leben der untersten Schichten Londons geliefert, und wenn ihm auch der tiefere Zusammenhang zwischen Noth und Verkommenheit und unserer ganzen Gesellschaftsordnung verborgen geblieben ist, so zeichnet er sich doch durch Vortheilhaft vor den Pharisäern aus, welche für alle Entbehrungen und Auswüchse die betroffenen Einzelnen verantwortlich machen wollen, die doch nur die Opfer übermächtiger Verhältnisse sind.

**) 1 Penny = 8 1/2 Pfennige.

politischen und sozialen Leben tritt das moderne Nachdenken kühn heran, wirft jeder ererbten Idee das Licht der Vernunft entgegen und späht ihr scharf in's Gesicht, ob nicht auch hier ein „Gespenst“ umgehe, eine alte, lichtscheue Meinung, ein tochter, moderndustender Glaube. Das Verlangen nach Neugestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens ist ein Hauptcharakteristikum der modernen Weltanschauung. „Revolutionierung des Menschengesichtes“ nennt Henrik Ibsen diesen Drang. „Die kommende Zeit — so schreibt der Dichter in einem Briefe — wie da die alten Ideen rings in den Staub niederstürzen werden! Und wahrlich, es ist auch die höchste Zeit. Alles das, wovon wir bis dato leben, das sind ja doch nur Reste von dem Revolutionstische des vorigen Jahrhunderts, und diese Reste haben wir nun immer wieder und wieder gefaut. Die Begriffe verlangen nach einem neuen Inhalt, einer neuen Erklärung. Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit sind nicht länger dieselben Dinge wie in der Zeit der seligen Guillotine. (Nun wendet er sich gegen die Politiker, welche nur Revolutionen im Aeußern, im Politischen wollen und fährt fort:) Das alles sind bloße Kapalien. Worauf es allein ankommt, das ist die Revolutionierung des Menschengesichtes.“ Indem die Vernunft das Bestehende kritisiert, schafft sie Korrekturen und Ideale, denen die Wirklichkeit angepaßt werden soll. Daraus entspringt — und das ist eine weitere Eigentümlichkeit des modernen Bewußtseins — ein tiefes Sehnen nach einer vollkommeneren Gesellschaft, eine geradezu religiöse Schwärmerei für Fortentwicklung der Menschheit nach jener Seite hin, wo Licht und Wärme, Wahrheit und Glück walten. Dieser ideale Trieb — man könnte ihn die Religiosität der Kulturförderung nennen — ist um so stärker, als die moderne Ethik die gesamten Kräfte der Sittlichkeit in ihn münden läßt, indem sie den Zielpunkt der Moral nicht mehr in einem Jenseits sucht, sondern diesseits in unserer Menschenwelt.

In welcher Beziehung zu diesen Ideen steht nun der moderne Realismus in der Kunst? Er ist eine Konsequenz derselben, ist die Art und Weise, wie die moderne Weltanschauung auf ästhetischem (künstlerischem) Gebiete befriedigt wird. Anforderungen ergeben sich die Einzelanforderungen des Realismus aus jenem Ideenkreis.

Da betont zunächst der reformatorische Ernst des modernen Bewußtseins, daß es des Poeten vornehmste Aufgabe ist, zu läutern, zu erbauen, und wendet sich daher gegen die fast alleinige Herrschaft der schalen Genuspoesie, welche sich auf der Bühne alle Pöffe und Ausstattungsstück breit macht, schwere Ballen charakterloser Spannungs- und Unterhaltungsektüre auf den Bühnenmarkt wirft und auf dem lyrischen Instrumente die hergebrachten, trivialen Gefühle nach berühmten Mustern variirt, anstatt darauf zu sinnen, für die eigentümlichen, großartigen Gefühle des modernen Bewußtseins den Ausdruck zu finden.

Indem ferner der moderne Mensch sich als Kämpfer für seine Umwelt fühlt, kann er nicht umhin, seiner Zeit ein lebhaftes Interesse zu widmen. Wenn nun die Poesie, wie jede Kunst, dem Drange entspringt, zu gestalten, was das Gemüth bewegt, so wird der moderne Dichter in erster Linie dazu getrieben werden, das moderne Leben darzustellen, ebenso wie der wahrhaft moderne Leser dies vom Dichter verlangt. Und unsere Zeit ist ja so reich an eigentümlichen Motiven, großartigen Stoffen, daß der echte Poet wahrlich nicht nöthig hat, sich durch die Antike, durch Orientverhimmelung und Altdeutschthümelei inspiriren zu lassen. Ihn treibt es, zu sagen, was die Zeit auf dem Herzen hat, und er spricht es aus, mag es auch leidenschaftlich, grell und dissonirend sein, unbekümmert durch das Dogma des Klassizisten, nur das Harmonisch-Ruhige sei schön.

Da die moderne Weltanschauung auf der Erfahrungswissenschaft beruht, so beherzigt der moderne Dichter den Geist und die Ergebnisse der Erfahrungswissenschaft. Im Bunde mit dem Physiologen, welcher die Abhängigkeit des Körperlichen vom Geistigen erwiesen hat, tritt der Realist dafür ein, daß dem Leiblichen, Sinnlichen die gebührende Berücksichtigung zu theil werde, im Gegensatz zu den Spiritualisten, welche so lange zum Schaden der Menschheit den Leib verachteten und vernachlässigten. Zola, der großartige Vertreter dieser Anschauung, charakterisirt seinen vielverkannten Standpunkt folgendermaßen: „Das Uebernatürliche und Bernunftwidrige zu vernichten, unerbittlich alle Metaphysik zu verbannen, einzig und allein die physiologische Betrachtung des Menschen festzuhalten und alle physischen und moralischen Vorgänge auf ihre empirischen Ursachen zurückzuführen, in der hochsittlichen Absicht, dieser Vorgänge Herr zu werden und sie lenken zu können — danach strebe ich.“ — In der hochsittlichen Absicht! Aber da kommen Leute und schelten: „Das ist unmoralisch, das ist die Poesie des Fleisches.“

Ein weiterer Berührungspunkt des realistischen Dichters mit dem Naturforscher besteht in der Ueberzeugung, daß der menschliche Wille kein unberechenbares Etwas ist, sondern wie alles Existirende ein Unterthan des Naturgesetzes; und daß der Charakter wesentlich gebildet wird durch die den Menschen umgebenden Verhältnisse, durch die Gesellschaft sowie durch seine engere, insbesondere seine materielle Lage. Aus dieser Erkenntnis entspringt des realistischen Dichters Vorliebe für soziale Probleme, für Agiren mit Gruppen und Massen, für die Eröffnung des Individuellen zu einem Durchblick in das Gesellschaftliche. Das gesellschaftliche Leben sucht er erfahrungsgemäß getreu, mit peinlicher Genauigkeit darzustellen, im Gegensatz zu der optimistischen Nachlässigkeit der klassizistischen Erzähler. Wer unsere Gesellschaft nach den Romanen des klassizistischen Geschmacks beurtheilt, muß glauben, wir leben

in der besten der wirtschaftlichen Welten und die Gesellschaft bestehe aus etwa 90 Prozent gebildeten und wohl-situirten Leuten, während in Wahrheit über 90 Prozent in leiblicher und geistiger Dürftigkeit leben. Beherzigt nun der realistische Dichter dieses wirkliche Verhältniß, so fühlt sich der idealistische Geschmack unangenehm berührt und wirft dem Realismus Pessimismus, Rohheit und Vorliebe für ordinäre Gesellschaft vor. Ist es denn besser, sich über die Schäden unseres sozialen Lebens aus Liebe zur ästhetischen Harmonie hinwegzutäuschen und durch Nichtbeachtung der großen, „rohen“ Masse die bellagenswerthen Klassenunterschiede noch zu verschärfen, oder thut es nicht vielmehr Noth, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Erbarmen allem Elend gegenüber walten zu lassen?

Darin eben liegt die Schädlichkeit der klassizistischen Poesie, daß sie um der harmonischen Abtönung willen in Schönfärberei verfällt. Ihre Menschen reden und handeln unwahr, es sind Ideale (oder Idole), wie sie das alte Griechenthum gebildet hat, wie sie der moderne Salon oder erotisch überspannte Phantasien hervorbringen. Schönfärberei und darum verwerflich ist auch die Forderung der sogenannten poetischen Gerechtigkeit, nach welcher die dichterischen Begebenheiten einen solchen Ausgang nehmen sollen, wie es der moralische Leser wünscht, derart also, daß die Guten siegen und glücklich werden, die Bösen dagegen ihre Strafe finden. Solche optimistischen Entstellungen des realen Lebens führen zu einem Gegensatz zwischen Poesie und Wirklichkeit und verwecheln das Gemüth des Lesers derart, daß er die oft rauhe und grelle Wirklichkeit flieht. Die Religion der Kulturförderung braucht aber starke Seelen, welche frei von schwächlicher Empfindsamkeit auch Wunden und Häßlichkeiten betrachten können, wie edle Krankenpflegerinnen.

Doch wir hören den Einwand: Wo bleibt bei Werken, welche getreu die Wirklichkeit abbilden, die Poesie und der ideale Gehalt? — Hierauf ist zu erwidern: Müssen Schönheit und Idealität denn notwendigerweise im Stoffe liegen, welchen der Dichter behandelt?

Nicht im Stoffe, sondern in der Behandlung desselben sucht der realistische Dichter die Poesie. Wie die Sonne oder der Mond ihr Licht über eine Landschaft ausgießen und wesentlich durch die Beleuchtung den Reiz des Stimmungsvollen erzeugen, so läßt der realistische Dichter aus der Tiefe seines Gemüthes poetische Stimmungen über den Stoff der Dichtung strömen und sich mit ihm vermählen. Und wie über einem musikalischen Ton die Obertöne schweben, so leben in seiner ethrischen Rede immer und immer die erbaulichen Worte: „Die Wahrheit über alles, die Wahrheit wird uns frei machen!“

Bruno Wille.

Eine ergreifende Scene

spielt sich neulich vor einer Versammlung von New-Yorker Brauarbeitern ab, die bekanntlich von den Unternehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ausgeperrt und damit brotlos gemacht wurden.

Als die Tagesordnung erledigt war, sollte die Versammlung vertagt werden. Vorher jedoch ließ sich Oberlehrer Stamm vom Arbeiterlyceum, welches sich in demselben Hause befindet, mit seinen Kindern anmelden. Dieselben, etwa 100 an der Zahl, nahmen auf bereitstehenden Bänken Platz und nachdem die erste Klasse das Lied „Arbeiter, all erwacht“ gesungen, ergriff Herr Stamm das Wort und hielt folgende Ansprache:

Liebe Freunde und Mitarbeiter! Hab' ich Lehrer das Recht, in Eurer Versammlung zu erscheinen? Hab' ich das Recht Euch Mitarbeiter zu nennen? Ich sage: ja. Wenn Eure Hände auch voll Schwielen sind, meine aber weich, so wird mich doch wohl jeder von Euch als einen Arbeiter gelten lassen und mir einen Platz in Euren Reihen einräumen.

Aus diesem Grunde schon habe ich das Recht, unter Euch zu weilen, aber ich habe noch einen besseren Grund, ich bin nämlich von Hause aus ein gelernter Brauarbeiter, und zwar zähl' ich mich zur Kategorie der Gährburschen. Mein Gährbottich ist meine Schule, und die mir zur Gährung übergebenen Maischen sind meine Kinder. Soll der mir übergebene Stoff ein gutes Gebräu abgeben, so muß ich denselben allerdings etwas anders behandeln, wie Ihr Eure Maische behandelt. Wenn dem Gährburschen die Maische übergeben wird, so hat er darauf zu achten, daß sich die Gährung in der richtigen Weise vollzieht, kann aber nicht den ihm übergebenen Stoff untersuchen und fragen: besteht der Stoff aus reinem Hopfen und Malz, oder sind mir auch Stoffe darunter gemischt, die zu einem gesunden Gebräu nicht tauglich sind. Von dem Juviel kann er nichts fortnehmen, und dem Zuwenig kann er nichts hinzufügen; alles dieses kann und muß der Lehrer, und in diesem Falle ist der Lehrer dem Gährburschen über, denn der Lehrer mischt sich seine Maische selbst.

Der gute Lehrer wird bei der Auswahl seines Stoffes nur gutes Malz und guten Hopfen nehmen. Er wird seine Kinder Wahrheit und nur reine Wahrheit lehren, alles Verdummende und den Geist trübende fernhalten. Wenn ich die mir anvertrauten Kinder abgebe, hat aber erst die Gährung angefangen, und wenn ich zu dieser Zeit mit dem Gährprozess nur soweit gekommen bin, daß die Kinder sich stolz als Kinder der Arbeit bekennen, und den Vorsatz haben, im späteren Leben treu zu den Arbeitern zu halten und für deren Wohlergehen einzutreten, so bin ich mit meiner Thätigkeit zufrieden.

Aus alledem werden Sie mich wohl als einen Mann von Ihrem Fach anerkennen müssen, und wenn sich demnächst eine große Union gründet, in der sich alle Arbeiter vereinigen, auch mir einen Platz darin anweisen. Daß die Gründung einer solchen Union nothwendig ist, werdet Ihr wohl selbst in diesen Tagen des Kampfes eingesehen haben, und mag nun der Sieg unser sein oder nicht, treu zu der Fahne der Arbeiter halten.

Es ist nun schon in der 3. Woche, daß wir in diesem Hause mit einander verkehren. Jede frohe Nachricht, die in Ihren Versammlungen einlief, haben wir oben in unseren Schulräumen vernommen und uns mit Euch gefreut. Möge recht bald eine vollständige Siegesnachricht einlaufen, wir werden dann aber unangemeldet zu Euch kommen und uns mit Euch freuen.

Den eigentlichen Zweck meines Erscheinens will ich kurz ausdrücken. Ich wollte erstens in Gegenwart von Euch Männern den Kindern ein Versprechen abnehmen: Ihr Kinder, seht Euch diese Männer an, die jetzt schon wochenlang so treu für das Wohl der Arbeit eingetreten sind; wollt Ihr in Gegenwart dieser Männer

versprechen, nie zu vergessen, daß Ihr Kinder von Arbeitern seid, und dies jeder Zeit mit Stolz bekennen, so sagt „Ja“. (Ja!)

Euch Mitarbeitern wollte ich aber eine Ermahnung geben: haltet euch zusammen, schon um dieser Kinder wegen, macht sie mir nicht müßlos.

Den Arbeitern des ganzen Landes aber rufe ich die letzte Strophe des vorhin gesungenen Liedes zu:

„Drum schließt Euch Mann für Mann
All un'rem Kampfe an,
Und einig seid.
Das Schwerste selbst gelingt
Dem, der kühn vorwärts dringt;
Zum Ziel uns sicher bringt die Einigkeit.“

Nachdem Herr Stamm seine häufig von Beifall unterbrochene Rede beendet, trat die neunjährige Essa Stamm vor und sagte etwa Folgendes: „Liebe Brauarbeiter! Wir sind noch klein, aber wir sind Kinder von Arbeitern, und wenn wir größer sind, so werden wir auch Arbeiter sein. Jetzt können wir noch wenig thun, aber wenn wir größer sind, so werden wir mehr thun. Im Namen der Schüler der Labor-Lyceum-Schule überreiche ich Ihnen hier eine Kleinigkeit.“ Mit diesen Worten überreichte die Kleine dem Sekretär eine Sammelliste nebst 70 Mark, die von den Kindern der Schule aufgebracht waren.

Sodann ergriff noch ein Mitglied des Schulkomitees das Wort und wies auf den Zweck der Schule hin. Er schloß mit den Worten: „Wir streben nach Frieden, ohne Kampf kein Frieden, und unsere beste Macht ist das Wissen. Doch dieses muß in der Jugend erworben werden. Erzieht die Jugend zu einer stolzen, kampffähigen Gesellschaft, und Ihr könnt in Eurem Alter sagen, es wird besser werden. Im Namen der Kinder hier, wünschen wir Euch den Sieg, und treten dafür ein, den Geist aus den Fesseln der Unwissenheit zu befreien.“

Den Theilnehmern wird die Erinnerung an diese schlichte und doch ergreifende Scene noch lange unvergessen bleiben.

Die Schäden der Unfallversicherung für die Arbeiter.

Das Klagen über den Mangel an Arbeiterfreundlichkeit bei den Unternehmern ist etwas recht unnützes. Es erweckt leicht den Verdacht, daß der Klagende doch noch durchaus nicht auf der Höhe der Zeit steht und die heute schwebenden wirtschaftlichen Fragen durchaus nicht begriffen hat. Bei der heutigen Gesellschaftsordnung kann es als Klasse betrachtet „arbeiterfreundliche Unternehmer“ eben so wenig geben als es „unternehmerfreundliche Arbeiter“ geben kann. Einzelne Sonderlinge, Schwärmer, Menschenfreunde und — Dummköpfe natürlich ausgenommen.

Was es mit der renommierten Arbeiterfreundlichkeit einzelner Unternehmer auf sich hat, das zeigt z. B. der Fall Dechelhäuser, der im hohen Tone des predigenden Apostels seinen Kollegen Vorwürfe macht, und selbst — nichts thut, was den Arbeitern und nicht in erster Linie den Unternehmern nützt.

Wir müssen bekennen, die Unternehmer, die offen aussprechen, daß der Arbeiter kein dem Unternehmer gleichberechtigter Staatsbürger ist, daß es ihm viel zu gut geht, daß man endlich einhalten muß, mit dem Ausschütten von „Böhlthaten“ über die Arbeiter, durch die der Unternehmer neidisch gemacht wird, die die Tollheit besitzen auszurufen, jetzt giebt es kein Proletariat mehr und damit zeigen, daß sie so wenig wissen, was Proletariat ist, als sie wissen was Sozialdemokratie ist — diese Herren sind uns viel lieber und auch vielleicht achtungswerther als solche Unternehmer, welche immer so thun, als ob ihre Maßregeln, die den Arbeiter an ihre Fabriken fesseln, die ihm Lohnabzüge weniger fühlbar machen sollen, aus edlem christlichem Wohlwollen für die Arbeiter entspringen.

Das Klagen über Mangel an Arbeiterfreundlichkeit in Arbeiter-Blättern erscheint uns nicht ganz ungefährlich. Es kann in weniger denkfähigen Köpfen leicht die Vorstellung hervorrufen, als könnten unter unseren heutigen Verhältnissen die Uebelstände, die das Proletariat bedrücken, durch größere Arbeiterfreundlichkeit der einzelnen Unternehmer beseitigt werden. Eine solche Anschauung würde unsern Kampf schwer schädigen, indem sie ihn vom sachlichen Gebiet auf das persönliche überspielen könnte. Wir müssen festhalten: Kein Unternehmer, wenn er nicht zu Grunde gehen will, kann heut wirklich „arbeiterfreundlich“ sein, wenn er es auch möchte; die Verhältnisse zwingen ihn zur möglichst besten Verwerthung, zur größtmöglichen Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte, da kann der Einzelne gar nichts ändern. Wir führen deshalb auch keinen Kampf gegen einzelne Fabriken und Werkstätten, gegen einzelne Personen und Gesellschaften, sondern gegen das ganze System der heutigen Herstellung, das alle Einzelnen beherrscht.

Von dieser Anschauung als Grundlage ausgehend, haben wir Alles zu prüfen, was heut auf dem Kampfplatz zwischen Kapital und Arbeit geschieht. Wir müssen uns stets fragen: Wie wird das Kapital oder die Unternehmerschaft als Vertreterin des Kapitals, die geplanten oder geschaffenen Zustände benutzen, wenn sie die Gewalt dazu hat, um für sich einen größtmöglichen Vortheil oder den mindesten Nachtheil zu erlangen, und in wie weit wird und muß dieses notwendige Streben der Unternehmer den Arbeitern schaden. Dabei gilt gar keine Schönfärberei und keine Voraussetzung von Wohlwollen und Ehrenhaftigkeit oder sonstiger persönlicher Eigenschaften und Ansichten, sondern einzig und allein die durch die Verhältnisse sich ergebende Möglichkeit.

So wie man einen Wasserbaumeister verachten würde, der da weiß, das Wasser steigt hier bis zu 6 Meter Höhe, der aber dennoch einen Damm von nur 5 Meter Höhe macht, weil er meint, es wird ja so schlimm nicht werden, das Wasser wird wohl ein Einsehen haben, so muß man über Volkswirthe lachen, die da glauben, heut würden oder könnten die Stände, die die wirtschaftliche Macht haben, nicht bis an die Grenzen dieser Macht gehen. Sie müssen eben.

Es ist in den Kreisen, die an dem Bestehen der heutigen Zustände ein großes, sehr erklärliches Interesse haben, der dringende, und wir erkennen es offen an, an vielen Stellen aufrichtige Wunsch entstanden, bessernd in die wirtschaftlichen Verhältnisse einzugreifen.

Die staatssozialistischen Reformen, die man in letzter Zeit versucht, entspringen dem Wunsch, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu verbessern, doch ohne das Kapital seiner herrschenden Stellung zu entziehen.

Das ist aber unausführbar, da eben die wirtschaftlichen Gesetze wie Naturgesetze wirken und sich vor keinen halben Schranken, vor keinen lüdenhaften Dämmen zurückziehen.

Ein Staatsminister, der den Unternehmern die feierliche Versicherung giebt, daß er nur in ihrem Interesse arbeite und nicht aufhöre, wird, in ihrem Interesse zu arbeiten, der kann den Arbeitern nur ziemlich wertlose oder gar gefährliche Gaben reichen, soviel guten Willen er auch haben mag, weil die Interessen sich eben als unversöhnlich erweisen.

Von dem gekennzeichneten Standpunkt aus haben wir auch das Unfallversicherungsgesetz in seiner Gesamtwirkung auf die Arbeiter zu prüfen, wenn wir es richtig beurtheilen wollen.

Wir haben uns zu fragen: Welche Möglichkeit ist vorhanden, daß die Unternehmer seine guten Wirkungen abschwächen, und welche Möglichkeit ist vorhanden, daß sie aus demselben Mittel und Gelegenheit nehmen, die Arbeiter zu schädigen? Wir müssen dabei bis an die Grenzen dieser beiden Möglichkeiten gehen, denn sie werden über kurz oder lang ohne Zweifel erreicht werden.

Es ist gar nicht mehr abzuleugnen, daß die Unternehmer im Großen und Ganzen, wirklich dahin streben, den verunglückten Arbeitern so wenig wie möglich, am liebsten gar nichts zu geben. Die Verwaltung der Unfallversicherung ist ja in sehr übler Voraussichtslosigkeit lediglich den Unternehmern überlassen. Die Arbeitervertretung, die das Gesetz vorsteht, ist lediglich eine wesentlose Verzierung, an welcher die Arbeiter vielfach gar kein Interesse haben, da sie von derselben keineswegs vertreten werden. Es dringt über die Haltung der Arbeiterbeisitzer in den Schiedsgerichten und in dem Reichsversicherungsamt gar nichts, durchaus gar nichts in die Öffentlichkeit, das irgendwie ein Urtheil über ihre Wirksamkeit zuläßt. Der Umstand, daß die Unternehmer über das Verhalten der Arbeitervertreter nicht bittere Klagen führen, ist aber sehr kennzeichnend für die Bedeutungslosigkeit derselben. Sie sind sicher dem Unternehmer-Interesse nicht im geringsten hinderlich. Wenn man betrachtet, mit welcher Wuth die Unternehmer über die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes herfahren, wie sie so weit gehen, dieser Behörde Parteilichkeit für die Arbeiter und Gesetzesverletzung ganz offen vorzuwerfen, von ihr rund und bündig zu verlangen, sie soll öfter als bisher gegen die Arbeiter entscheiden um die Arbeiter abzuschrecken, dann ist das Stillschweigen über die Arbeitervertreter durchaus kein gutes Zeichen für diese. Sie bilden also keine Schranke für die Verwirklichung der Unternehmer-Interessen. Diese Schranke bildet einzig und allein die Staatsaufsicht. Diese allein hat die Unternehmer gehindert, die Unfallversicherung zu einem inhaltlosen Blatt Papier zu machen. Nur die Gewißheit, daß das Reichsversicherungsamt es doch nicht gut heißen würde, bestimme die Berufsgenossenschaftsvorstände, nicht jeden verunglückten Arbeiter ganz abzuweisen oder mit einer lächerlichen Kleinigkeit abzuspeisen.

Nach dieser Richtung hin ist die Schranke, die dem Unternehmerinteresse gesetzt ist, vorläufig ziemlich wirksam, sie bietet aber, weil sie nicht im Interesse der Arbeiter gezogen ist, sondern nur im Interesse der regierenden Klassen den Kampf zwischen Arbeit und Kapital etwas abschwächen soll, keine Aussicht auf Dauer. Ein weiteres Eindringen des Kapitals in die Staatsverwaltung muß diesen Damm unterwaschen und wegschleppen über kurz oder lang. Dann herrscht wieder nur das Unternehmer-Interesse und es geht bis zur Grenze der Möglichkeit, wie es das wirtschaftliche Gesetz verlangt. So wie bei einem Dammbrech das Wasser sich so weit verbreitet als die Bodenbeschaffenheit es irgend erlaubt.

Die Anstrengung des Kapitals, dies Hinderniß zu beseitigen sind schon sehr ersichtlich, und wir fürchten sehr, sie werden bald von Erfolg sein, es wird sich wenigstens bei der Alters- und Invalidenversicherung schon zeigen, daß man verzweifelte Anstrengungen machen wird, solche wirksame Staatsaufsicht zu verhindern. Bis die Beseitigung gelingt, dehnt das Kapital seine Versuche, sich zu entlasten, nach anderer Seite hin aus.

Muß man die Unfallrente einmal zahlen, so ist es ganz natürlich, daß man danach trachtet, sie so selten als möglich zu zahlen. Das erste Mittel dazu ist, zu verhindern, daß Unfälle vorkommen. Es ist auch zuerst versucht, aber es mußte sich dabei bald zeigen, daß das Mittel, wenn es wirklich wirksam sein sollte, kostspieliger sein möchte, als die Unfallrente selbst. Das wirksamste Mittel wäre nämlich Abkürzung der Arbeitszeit, denn es ist Thatsache, daß mit der Abspannung, die durch zu

lange Arbeitszeit eintritt, die Achtsamkeit der Arbeiter leidet und dadurch viele Unfälle hervorgerufen werden. Dieses Mittel ist gar nicht erst in Erwägung genommen. Das ähnliche Mittel, Verhindern des Ueberhastens bei der Arbeit durch schlecht gelohnte Akkordarbeit, das auch einen großen Theil der Unfälle verhindern könnte, kann aus denselben Gründen bei den Unternehmern gar nicht in Betracht kommen. Beide Mittel würden mehr kosten, als sie einbringen, sie liegen zwar im Interesse der Arbeiter aber nicht in dem der Kapitalisten.

Allenfalls nicht zu kostspielige Schutzvorrichtungen, die aber nicht im geringsten die volle Ausnutzung hindern dürfen, das ist Alles, was hier im Kapitalinteresse erreichbar ist. Die Unfallverhütungsvorschriften bewegen sich deshalb in dem Geleise einer nicht ernst gemeinten Reglementirerei ohne alle größere Wirkung. Hier ist nicht viel zu machen, ohne das kapitalistische Interesse noch schwerer zu verletzen, als durch die Unfallrente selbst.

Nun giebt es noch einen anderen Weg, die Renten zu verringern. Ohne Zweifel heißt ein gesunder, kräftiger und junger Körper Schäden und Verletzungen leichter, schneller und besser als ein alter, schwacher und kranker Körper.

Diese Wahrheit ist so klar, daß es zu verwundern wäre, wenn die Unternehmer deren Verwendbarkeit für die Verminderung ihrer Leistungen, die die Unfallversicherung ihnen auflegt, nicht schnell genug begreifen sollten. Das ist auch schon geschehen und die rheinisch-westphälische Gütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft ist der erste Unternehmerverband, welcher die Folgen dieser Erkenntnis in einer Aufforderung zieht, in welcher die Mitglieder ersucht werden, zuerst nur Gewohnheitsstrinker, Pilepitiische und mit Bruchschäden behaftete Arbeiter zu entlassen, beziehungsweise nicht zur Arbeit anzunehmen. Sie thut dies mit nackten und klaren Worten, ohne das heute häufig gebrauchte menschenfreundliche Mantelchen.

Herr Döbelhäuser würde jedenfalls die Sache so hingestellt haben, als ob die Menschenfreundlichkeit, das Wohlwollen gegen die Arbeiter den Unternehmern gebietet die Pflicht auflegt, so zu handeln. Man ist ja um solche Redensarten gewöhnlich nicht verlegen, sie sind sehr billig.

Mit der Nothwendigkeit, die die Gültigkeit der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsweise erfordert, werden nicht nur andere Berufsgenossenschaften diesem Beispiele folgen, sondern sie selbst und alle anderen werden noch viel weiter gehen. Sie werden, soweit es geht, d. h. soweit gesundes Menschenmaterial vorhanden ist und die Unternehmer ihren Bedarf an Arbeitern daraus decken können, das kränkliche Arbeitermaterial vollkommen ausschneiden. Sie werden nur junge und gesunde Arbeiter annehmen, wenn es irgend geht. Die Grenze wird nur dadurch gezogen werden, daß die heutige Wirtschaftsweise, welche die Arbeiter zum Darben verurtheilt, trotz ihres Fleißes, schon den Volkstamm soweit angegriffen hat, daß gesundes und kerniges Material nicht mehr hinreichend vorhanden ist, daß das Angebot desselben zu geringe ist, um ohne sehr erhebliche Lohnsteigerung den Bedarf auch nur einer Berufsgenossenschaft aus demselben zu decken, der Schade also wieder den Vortheil aufwiegen würde. Das ist die einzige Schranke, die heute unsere Wirtschaftsweise den Unternehmern setzt.

Soweit es möglich ist, wird die Wirkung der Unfallversicherung und später noch im stärkeren Maße der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter dahin drängen, daß ältere und kränkliche Arbeiter, wenn sie auch sonst für die vorhandene Beschäftigung noch durchaus geeignet und tauglich sind, gar keine Ausnahme zur Arbeit finden, oder nur zu so herabgesetztem Lohn beschäftigt werden, daß die Gefahr, die der Unternehmer läuft, für ihren Unterhalt später mit einzutreten zu müssen, dadurch mit sicherem Vortheil für den Unternehmer gedeckt wird.

Die Unfallversicherung sowie die Alters- und Invalidenversicherung müssen also in der Form, wie sie sich heute darstellen, als Ursachen angesehen werden, welche die Interessen der Arbeiter insofern schädigen, als sie die Noth und das Elend, die Krankheit und Siechthum bringen, noch verschärfen. Das ist zunächst die Folge davon, daß diese Versicherungen gar zu geradezu von den theilhaftigen Unternehmern getragen werden, welchen sie die Fähigkeit lassen, sich diese Last nach Möglichkeit abzuwälzen.

Das ganze System ist fehlerhaft.

Die Unfallversicherung erkennt grundsätzlich die Pflicht der Gesellschaft an, daß arme Personen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen zu sichern sind, wendet diesen Grundsatz aber nur auf einen sehr kleinen Theil aller Unfälle an, nur auf die Betriebsunfälle und belastet durch dieselben nur die Klasse der Unternehmer in einer Art, die dieselben geradezu herausfordert, die Last soviel als möglich von sich abzuwälzen. Das ist ein schwerer und verhängnisvoller Fehler des ganzen Systems, der mit Naturnothwendigkeit dahin führen muß, daß die ganze Unfallversicherung auf die Arbeiter nicht nur abgewälzt wird, sondern daß, nachdem diese Abwälzung geschehen ist, der Unternehmer seine Leistung doch noch zu verringern sucht, ihm also ein Vortheil und den Arbeitern ein Nachtheil entsteht.

Da kann der Wille und die Absicht des einzelnen Unternehmers nur wenig für oder gegen in Betracht kommen, die wirtschaftlichen Gesetze der heutigen kapitalistischen Herstellungsweise ziehen unerbittlich ihre Folgen. Was heute die rheinisch-westphälische Berufsgenossenschaft thut, werden über kurz oder lang, offen oder verdeckt, alle anderen Berufsgenossenschaften thun. Der alte, der kränkliche Arbeiter, der schon heute mit Schrecken und Besorgniß

in die Zukunft blickt, wird bald merken, daß es ihm noch früher als bisher unmöglich wird, seinen Arbeitsplatz zu behaupten und nach der Entlassung anderswo wieder Arbeit zu finden. Sein Loos wird sich durch die falsche Form der heutigen Unfallversicherung verschlechtern.

Es ist das der Fluch all der Halbheiten, mit welchen die heutigen Volkswirthe der herrschenden Richtung dem Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsweise vorbeugen wollen, daß selbst die gut gemeinten Maßregeln sich in ihrer weiteren Entwicklung als eine Belastung der schon so belasteten Klassen entwickeln. Nur gründliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Umformungen können uns aus den heutigen elenden Zuständen hinausführen, das geschieht weder durch diese halben Verbesserungen der Armenpflege, noch durch Fabrikanten-Wohlthollen.

Geht es dem Arbeiter besser, weil die Preise mancher Artikel sinken?

Die amerikanischen Freihändler sind wieder einmal rührig dabei, die Arbeiter für sich einzufangen, indem sie ihnen vorreden, die Aufhebung jedes Zolles werde die Waarenpreise herabdrücken, die Arbeiter würden also für ihre Löhne mehr kaufen können; es sei also nur der Schutz Zoll, der es ihnen verwehrt, mehr als den nothdürftigen Lebensunterhalt zu verdienen.

Karl Marx hat diese Schwindelblase schon vor 40 Jahren aufgepöckelt. In seiner Rede „über die Frage des Freihandels“ in der demokratischen Gesellschaft zu Brüssel am 9. Januar 1848 thut er dieses Argument der Freihandelsbolde in vernichtender Weise ab.

„Kein Zweifel“, sagt Marx, „wenn der Preis aller Waaren fällt, und dies ist die nothwendige Konsequenz des Freihandels, so kann ich mir für einen Franken weit mehr Dinge als vorher verschaffen. Und der Frank des Arbeiters gilt ebensoviele wie jeder andere. Somit wird der Freihandel dem Arbeiter sehr vortheilhaft sein.“

Es ist nur ein kleiner Uebelstand damit verbunden, nämlich der, daß der Arbeiter, bevor er seinen Franken gegen andere Waaren umtauscht, zunächst den Tausch seiner Arbeit gegen das Kapital vollzogen hat. Wenn er bei diesem Tausch stets für dieselbe Arbeit den bewußten Franken erhalte, und der Preis aller anderen Waaren steile, so würde er stets bei diesem Handel gewinnen. Aber die Dekonomen greifen stets den Preis heraus, wo er sich gegen andere Waaren austauscht und lassen stets den Moment bei Seite, wo die Arbeit ihren Tausch gegen das Kapital vollzieht.

„Wenn weniger Kosten erforderlich sind, um die Maschine in Bewegung zu setzen, welche Waaren angefertigt, so werden die zum Unterhalt dieser Maschine, die sich Arbeiter nennt, nothwendigen Dinge gleichfalls weniger kosten. Wenn alle Waaren billiger sind, so wird die Arbeit, die auch eine Waare ist, gleichfalls im Preise sinken und wird diese Waare Arbeit verhältnismäßig viel mehr sinken, als alle anderen Waaren. Beläßt sich der Arbeiter dann immer noch auf die Argumente der Dekonomen, so wird er finden, daß der Frank in seiner Tasche zusammengeschnitten ist und ihm nur noch fünf Sous übrig bleiben.“

Warum aber der Lohn stärker sinken muß als die Preise der Lebensmittel, führt Marx so aus: „Alle Gesetze, welche die (bürgerlichen) Dekonomen von Quesnay bis Ricardo formulirt haben, bekräftigen sich in dem Maße, als der Freihandel verwirklicht wird. Das erste dieser Gesetze sagt, daß die Konkurrenz den Preis jeder Waare auf das Minimum ihrer Produktionskosten reduziert. Somit ist das Lohn-Minimum der natürliche Preis der Arbeit. Und was ist das Lohn-Minimum? Genau das was nothig ist, um die zum Unterhalt der Arbeiter unerläßlichen Gegenstände zu produzieren, um ihn in den Stand zu setzen, sich durchzuschlagen und seine Klasse so viel wie nothig fortzupflanzen.“

„Da man stets Mittel findet, die Arbeit mit wohlfeileren und erbärmlicheren Gegenständen zu ernähren (Schnaps statt Bier, Baumwolle statt Wolle und Leinen, Kartoffeln statt Brod) so ist das Lohn-Minimum im steten Sinken begriffen. Dieses Gesetz der Waare Arbeit, des Lohnminimums, verwirklicht sich in dem Maße, als die Voraussetzung der Dekonomen: der Freihandel, eine Wahrheit, eine Thatsache wird.“

Damit ist natürlich durchaus nicht gesagt, daß die Arbeiter sich von dem Freihandel abwenden sollten, der ja aus anderen Gründen wünschenswerth erscheinen kann. Die Arbeiter sollen sich nur stets klar darüber bleiben, daß in ihrer Klassenlage durch die Entscheidung gegen den Schutz Zoll nichts geändert wird.

Kleine Mittheilungen.

Ueber die wahrscheinliche Zukunft des Buchbinder-gewerbes stellt ein Fachmann in der tüchtig geleiteten „Buchbinderzeitung“ folgende Betrachtungen an: „Wir haben gesehen, wie der Kleinbetrieb in Folge mangelnder technischer Hilfsmittel fortgesetzt in der Großproduktion sich auflöst; wir bemerken jedoch auch, wie die Großbuchbinderei dem gleichen Entwicklungsprozeß unterworfen ist, d. h. wie auch hier sich zeigt, daß die kleineren Großbetriebe von den kapitalträchtigeren aufgefangen werden. Was ist nun die Folge dieser Entwicklung? Die Antwort ist nicht schwer für einen Menschen, der mit klarem Blick die wirtschaftliche Lage überblickt. In Amerika, in dem ökonomisch vorgeschrittigsten Lande finden wir die Lösung: das Monopol. Durch die schamhaftesten Praktiken wird ein Konkurrent nach dem andern zum Bankrott getrieben, das zu Grunde gegangene Unternehmen wird zu einem Spottpreise vom siegreichen Wettbewerber aufgekauft und setzt diesen in den Stand, auf's neue gestärkt und widerstandsfähiger als vorher, die Ruinirung eines anderen Kon-

kurrenten unternehmen zu können. Sind auf diese Weise alle größeren Betriebe eines Produktionszweiges in wenigen Unternehmungen vereinigt, ist es dem Einzelnen unmöglich, die übrig gebliebenen Konkurrenzbetriebe noch aufzufangen, dann ändert sich die ganze Situation. Wo früher erbitterter Kampf ums Dasein zu finden war, auf dem Grunde ihrer im industriellen Wettbewerb gesunkenen Konkurrenten, sehen wir die übrig gebliebenen Sieger Frieden schließen, denn ein fortgeführter Kampf würde ihre eigene Existenz schließlich aufs Spiel setzen. Man einigt sich, indem entweder ein Kartell geschlossen wird, in dem die Preise der Produkte einheitlich festgesetzt werden und jeder Teilnehmer seine Produktion nur bis zu einer gewissen Höhe steigern darf; oder aber die übriggebliebenen Kapitalisten werfen in Form einer allmächtigen Unternehmung ihre Kapitalien zusammen, beherrschen nunmehr allein in ihrer Branche den Markt und sind im Stande, den Preis ihrer Produkte nach Belieben diktieren zu können. Das ist das Monopol, die letzte Form der kapitalistischen Entwicklung, von welcher aus zur Uebernahme der Produktion durch den Staat nur noch ein Schritt zu thun ist.

Wir haben gesehen, wie der kleine Gewerbebetrieb vom großen und dieser große naturgemäß wieder vom größeren aufgefangt wird. In der Buchbinderei vollzieht sich dieser Umwandlungsprozess langsamer als in manchen anderen Industrien, in denen zur Gründung einer selbständigen Unternehmung schon von Anfang an größere Kapitalien erforderlich sind. Gegner unserer Anschauung werden diesen Umstand benutzen, um die Möglichkeit einer solchen Umwandlung in unserem Gewerbe überhaupt in Frage zu stellen. Nur gemacht! Eine Erklärung dieser Thatsache finden wir in der unselbständigen Stellung, die die Buchbinderei gegenüber anderen Produktionszweigen einnimmt. Die Buchbinderei kann ihre Produktivität nicht nach eigener Fähigkeit ins Ungeheure steigern, sie ist in ihrer Leistungskraft stets an den Unternehmungsgeist der Buchhändler gebunden, sie ist gleich der Buchdrucker vollständig abhängiges Glied des Verlagsbuchhandels. Welche Konsequenzen ergeben sich aber hieraus für unsere Behauptung? Diese, daß zunächst, ehe der Verlagsbuchhandel sich mehr in einigen wenigen Firmen konzentriert hat, — welche Reizung er schon jetzt dokumentiert — daß bis dahin die Grob- und Feinbuchbinderei sich auf Kosten des Kleinbetriebs noch mehr zu vergrößern. Ist aber der Buchhandel selbst nur in wenigen Firmen konzentriert, haben diese wenige Firmen sich auch noch in den Besitz der größeren Buchdrucker gesetzt, dann ist auch die Stunde nahe, daß sie die größeren Buchbindereien an sich bringen. Die Buchbinderei als selbständig auftretender Produktionszweig ist im Buchhandel aufgegangen, der hier beendigte Konkurrenzkampf wird aber in verstärkter Maßgabe fortgesetzt von denen, welche die einzelnen Buchgewerbe aufgefangt haben, von den großen Verlagsinstituten. Die Folge dieses Kampfes aber wird sich in letzter Linie doch wieder als Kartell oder Monopol zeigen.

Die „Bremer Volkszeitung“, ein durchaus gemäßigtes Blatt, wurde verboten. Damit nicht genug, hat dieselbe Behörde Herrn Julius Bruhns auf Grund von § 3, Absatz 2 des Freizügigkeitsgesetzes den Befehl zu gestellt, innerhalb vier Wochen das bremische Staatsgebiet zu verlassen. Die betreffende Gesetzesstelle gestattet, daß bestraft Personen, welche nach den Landesgesetzen Aufenthaltsschranken durch die Polizeibehörde in einem Bundesstaate unterliegen, auch der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate durch die Landespolizeibehörde verweigert werden kann. Nun ist Herr Bruhns im Jahre 1881 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen und hat seitdem in Bremen gewohnt. Bestraft ist er nie oder — um ganz genau zu sein — nur einmal und zwar im Januar 1887 mit einer polizeilichen Geldstrafe von 15 Mark wegen Uebertretung des bremischen Vereinsgesetzes. Diese Strafe giebt der Polizeikommission des bremischen Senats kein Recht, ihn aus dem bremischen Staatsgebiete auszuweisen; die Ausweisung aus Hamburg ist aber wieder keine Strafe im Sinne von § 3 des Freizügigkeitsgesetzes. Die Ausweisung des Herrn Bruhns verstößt somit gegen die Gesetze des Reichs und der beeinträchtigte Reichsbürger wird hoffentlich die nöthigen Schritte thun, sein verletztes Recht wiederherzustellen.

Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

Eingehendste Beachtung seitens aller Freunde der freien Hilfskassen verdient die bei Bruhns in Minden erschienene Schrift von F. C. Huber: **Ausbau und Reform des Krankentagegeldgesetzes** (Soziale Zeitfragen 17. Heft). Nicht etwa, weil irgendwie der Tendenz dieser Auslassung des Stuttgarter Handelskammersekretärs zuzustimmen wäre, sondern weil hier der Haß und Neid gegen die Selbstverwaltungsoptionen der Arbeiter zum unverhohlenen und rücksichtslosesten Ausdruck kommt. Herr Huber hat sich schon auf verschiedenen Gebieten als ein äußerst sachkundiger Vertreter der herrschenden Unternehmerpolitik gezeigt, um so größere Beachtung verdient er seitens der Gegner. Er verlangt hier rund und nett die „statutarische Auflösung der zentralisierten Hilfskassen“ und „begründet“ diese Forderung eingehend in einem besonderen Kapitel, in dem die „sozialdemokratische Agitation“ natürlich keine geringe Rolle spielt. Herr Huber plaudert in seiner Schrift manches offen aus, was man an anderer Stelle bisher noch nicht offen gesagt hat, was man aber auch hier wahrscheinlich unter der „Gleichverteilung von Licht und Schatten“ zwischen den einzelnen Kassenarten“ versteht. Wer hier eine Ueberschau erleben will, wird gut thun, von Huber's Auslassungen eingehend Kenntnis zu nehmen. In erster Linie empfiehlt sich dies natürlich für die Vorstände und Zentralleitungen der bestehenden freien Hilfskassen.

Der **Junungsübermuth** ist wieder einmal auf dem Verbandstage des sächsischen Junungstages hervorgetreten. Der Verbandstag fahte zwei Resolutionen, von denen die eine die obligatorische Einführung von Arbeitsbüchern verlangt, während die andere Resolution polizeiliche Hilfe anruft gegen die von Arbeitern in's Leben gerufenen Arbeitsnachweise und Herbergen. Alle Junungsmitglieder werden in dieser Resolution aufgefordert, bei den vorgeordneten Behörden „vorstellig zu werden, daß die von den Junungen getroffenen Einrichtungen nicht durch von unterwerflicher Seite zu errichtende Herbergen oder Arbeitsnachweise geschädigt werden, vielmehr hierzu die Genehmigung von den betreffenden Behörden verweigert werde.“ — Die letzte Resolution stellt nicht nur die Arbeiterfeindschaft, sondern zugleich die traffe Unwissenheit des gesammten Junungstages auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung bloß, denn zur Einrichtung von Bureaus für Arbeitsnachweise und zur Errichtung von Herbergen bedarf es keiner Genehmigung der Behörden.

Der **Streik der Hamburger Tischler** dauert unverändert fort und spitzt sich immer mehr zu einem Kampfe zwischen Fachverein und Junnung, zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation zu. Es ist jetzt eine Ehrenpflicht der deutschen Arbeiter, den Hamburgern zum Siege zu verhelfen und reger als bisher für Unterstützung zu sorgen. Besonders ist auch der Jüngling nach wie vor fernzuhalten. Mit kollegialischem Gruß und Handschlag der Vorstand des Verbandsvereins der Tischler Hamburgs. NB. Briefe

an G. Slomke, Kleine Drehbahn 40. Gelder sind, da der Verbandsvorsitzende Karl Klotz in Stuttgart verhaftet ist, jetzt direkt an den Streikaffairer der Hamburger Tischler, Herrn J. Deitges, an Neue Rosenstraße Platz 45, Haus 5, part., St. Pauli-Hamburg, zu senden. Ueber die eingegangenen Beträge wird in der „Neuen Tischler-Zeitung“ quittirt. Wir glauben, daß die deutschen Kollegen nach diesem Vorkommniß umso mehr für uns eintreten werden.

Auch die **Berliner Kürschner** erörtern eifrig die Lohnfrage. Am Sonntag wurde in einer öffentlichen Versammlung ausgeführt, daß die Lohnverhältnisse äußerst traurige seien und daß die vor drei Jahren erzielten Vorteile gänzlich wieder verloren gegangen seien. Während vor drei Jahren der Mindestlohn eines Gesellen pro Woche 21 M. betrug, verdiene ein solcher jetzt nicht mehr wie höchstens 16 M. Wenn dies so fortgehe, sei kein Ende abzusehen. Die Kürschner seien die Hausindustrie, die billige Frauenarbeit und die gegenseitige Konkurrenz der Arbeiter und Fabrikanten unter sich. Ein Erfolg sei nur zu erwarten, wenn Selbständige und Gesellen in Hand gehen. Ein einheitliches Vorgehen würde erfolglos sein. Beide Arbeiterkategorien haben Vereinigungen geschaffen, die Selbständigen den Klub „Selbständig“, die Gesellen den Fachverein. Allseitig wurde ein Zusammengehen beider befohlen.

Streiks. Da der Streik der Klemptner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter in Hamburg unverändert fortdauert, so ersuchen wir dringend, den Jüngling fernzuhalten. — Der Streik der Maurer in Kiel dauert fort. Jüngling ist fernzuhalten. Jüdischen und Sendungen sind an E. Neusch, Maurerherberge Kiel, Biertrügergang 2, zu richten. — Prag, 13. Juni. In drei Baumwollwebereien in Horie streiken 1500 Arbeiter. Die Gensdarmerie ist in der Umgebung konzentriert, die „Ordnung“ blieb trotzdem ungeschädigt. — Stettin, 12. Juni. Die Arbeitseinstellungen auf dem „Vulkan“ gewinnen eine größere Ausdehnung, als anfänglich angenommen werden konnte. Schon jetzt befinden sich an 700 Arbeiter im Auslande, und nach den Erklärungen der Beteiligten dürfte diese Zahl in den nächsten Tagen noch vergrößert werden. Zu bemerken ist, daß das Gros der Bevölkerung Bedono für die Streikenden Partei nimmt, darunter die Hausbesitzer, Kleinhandwerker und Restaurateure, welche bei dem bisherigen Lohnmodus der Vulkanarbeiter Nachtheile haben. Der Direktor hat übrigens, wie die „N. St. Ztg.“ berichtet, durch Anschlag bekannt gemacht, daß jeder Arbeiter, welcher heute nicht zur Arbeit komme, als entlassen zu betrachten sei. Es hat sich keiner der Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit gemeldet, so daß also der Streik in vollem Umfange fortbesteht.

Bereine und Versammlungen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Die Ortsverwaltung Berlin III (für den Ost- und Nordbezirk Berlins) hielt am Sonntag, den 10. Juni, in Sägers Lokal eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Herr Sünnermann, über „Jettlohn oder Stücklohn, deren Wirkung auf die Höhe des Arbeitslohnes“ referirte. Im Verlaufe seiner Ausführungen erbrachte der Vortragende den Beweis, daß die Lohnverhältnisse bei dem Arbeitssystem „Stücklohn oder Affordarbeit“ die allertaurigsten geworden sind. Nach den Mittheilungen des Vortragenden betrug der Minimalarbeitslohn in den sechziger Jahren, in einer Zeit, wo das Arbeitssystem „Jettlohn oder Wochenarbeitslohn“ im Allgemeinen maßgebend war, pro Woche 15 M. (5 Thlr. f. J.) und heute, nach Verlauf von circa 25 Jahren, ist der Minimallohn unter dem Scepter der so viel geprüften Affordarbeit auf „8 M.“ pro Woche herabgesunken, während der Durchschnittsverdienst pro Woche überhaupt nur „13 M. und 50 Pf.“ bei täglich zehntägiger Arbeitszeit beträgt. — Am Sonntag, den 24. Juni, findet ein großer Ausflug (Herzenparchie) statt. Näheres wird noch bekannt gemacht. — Eine öffentliche Versammlung findet nächsten Montag, den 18. Juni, Linienstraße 44 statt.

Der **Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher** und verwandten Berufsgenossen tagte am Montag, den 11. Juni, im Grauhofischen Lokal. Auf der Tagesordnung stand die Angelegenheit Bock-Gotha und der Berliner Streik. — Zu „Verschiedenes“ lag ein Antrag des Vorstandes vor, dahingehend, jedem zureisenden Kollegen, welcher nachweist, an seinem früheren Aufenthaltsort Mitglied eines gleichen Vereins gewesen zu sein, 75 Pf. aus Vereinsmitteln zu bewilligen. Abdann wurden 3 Mitglieder zur Bewollmächtigung der Arbeitsvermittlungskommission gewählt. Die Wahl fiel auf die Herren Arlt, Hofmann und Rasenberger. Außerdem lag noch ein Unterstützungsgesuch eines in Roth gerathenen Kollegen vor, demselben wurden 25 M. aus der Vereinskasse bewilligt. — Außerdem wurde auf das am 25. Juni geplante Sommerfest aufmerksam gemacht, wozu Billets bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben sind. Zum Schluß wurde noch auf den vom Verein Weinstr. 11 eingerichteten Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht.

— Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung am Montag, den 18. Juni, im Köhnhof-Kafé, Holzmarktstraße 71. Tagesordnung: Der Einfluß des Streiks auf die Zukunft der Schuhmacherbewegung.

— Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Heute Sonnabend, den 16. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag über Hand- und Preisvergehen. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Ausgabe der Billets zur Dampfpartie.

— Verein Berliner Nagelschmiede. Sonntag, den 17. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verabschiedung der Beiträge. 3. Verschiedenes.

— Der Verein der Parquetbodenleger Berlins hält am Montag, 18. d. M., Abends 8 Uhr, in Jordan's Lokal, Neue Grünstr. 28 (im unteren Saale), eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Innere Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Die Mitglieder werden auf § 7 des Statuts aufmerksam gemacht. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

— Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend. Montag, 18. Juni, Abends 1/2 Uhr, im Andreasgarten, Andreasstr. 26. Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Bestrebungen und Ziele des Verbandes gegenüber einer Junnung. 2. Abrechnung und Bericht der Revisoren über den freiwilligen Unterstützungsfond. 3. Vorschläge des Vorstandes in Betreff der Bibliothek und Wahl eines Bibliothekars. Verschiedenes. Gäste willkommen. NB. Billets zum Sommerabendball am 23. Juni im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, sind in der Versammlung und in den Zahlstellen à 30 Pf. zu haben.

— Vereinigung der deutschen Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen. Filiale Berlin. Dienstag, 19. d. M., Abends 8 Uhr, Versammlung bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48b. Tagesordnung: 1. Wahl von zwei Beisitzern, Ersatzwahl zur Arbeitsvermittlungskommission und eines Bibliothekars. 2. Verschiedenes. Gäste willkommen.

— Verband deutscher Zimmerleute. Versammlung sämtlicher Lokalfamilien Berlins, Sonntag, d. 17. Juni, Vormittags 10 Uhr, Kommandantenstr. 72, im neuen Klub-Haus. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Handwerkerstage. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt nothwendig. — Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. G. 29, Hamburg). Filiale Berlin 1. Mitglieder-Versammlung heute Sonnabend, den 16. Juni, Lichterfeldstraße

7-8 bei Winter. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Innere Kassenangelegenheiten. — Sonnabend, den 21. Juni, findet in den neuerrichteten Gesamtträumen des Volksgartens „Hafenstraße 14/15“ gegenüber dem Turmplatz unser diesjähriges Stiftungsfest, verbunden mit Sommerabendball, Gesangs- und komischen Vorträgen, bei günstiger Witterung Gartenkonzert statt. Billets inkl. Ball Herren à 50 Pf., Damen à 25 Pf. sind bei den Vorstandsmittgliedern, sowie in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. Anfang 7 1/2 Uhr. Abendkasse findet nicht statt. Die Mitglieder, Freunde und Bekannte werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. — Filiale Berlin 5. Versammlung heute Sonnabend, 16. d. M., Abends 9 Uhr, Rothringstr. 81 bei Adersmann. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 17. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, Gartenstraße 123 bei Krüger Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht über die Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Filiale Berlin 7: Mitglieder-Versammlung heute Sonnabend, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Lindowstr. 26. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Kassirers. 3. Innere Angelegenheiten.

— Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufs-Klassen (E. G.) Berlin 3. Mitglieder-Versammlung heute, Sonnabend, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 38 bei Schmidt. Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder, beiderlei Geschlechts von 14 bis 45 Jahren, nehmen auf in jeder Versammlung, sowie in ihrer Wohnung: H. Rudolph, Kolonnenstr. 150a; G. Holz, Ackerstraße 109; P. Schindler, Ackerstraße 172. — Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen. Sonnabend, 23. Juni findet des Sommerfestes wegen keine Versammlung statt. Billets zu bewilligen sind zu haben bei den Herren: Blöb, Brandenburgerstr. 56, H. I.; Hoffmann, Gitschinerstr. 87, IV.; Schrey, Jossenerstr. 55; Adersberg, Alvenslebenstr. 19 IV.; Schwerdt, Grenadierstraße 28, II.

— Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Montag, den 18. Juni, in Alim's Volksgarten (Hafenstraße): Großes Sommerfest. Militär-Konzert. Ball. Kinderbelustigungen. Puppen-theater. Kindertanz mit Bonbonregen. Fackelpolonaie bei bengalischer Beleuchtung (jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis). Den geehrten Damen ist die Kaffeecke von 3 Uhr ab geöffnet. Entrée 30 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets sind zu haben Krausenstr. 11, Grenadierstr. 33 bei Seefeldt und Annenstr. 9 bei Albrecht. Um zahlreichen Besuch bittet das Komitee.

— Der Vorstand des Vereins Berliner Droschkentischer hat beschlossen, beim Restaurateur Meitz, Lausigerstr. 30, eine Zahlstelle des Vereins zu eröffnen. Es ist dies Zahlstelle 6, welche früher am Kottbuser Thor eingerichtet war, aber schließlich wegen mangelnder Benutzung wieder eingehen mußte. In der nun wieder eröffneten Zahlstelle können fortan Mitgliederbeiträge eingezahlt werden. — Heute Sonnabend, den 16. d. M., begeht der Verein in Weimann's Volksgarten (Gesundbrunnen) die Feier seines 5. Stiftungsfestes. — Obige Zahlstelle gilt auch für die Krankenkasse.

— Die Appretur- und Dekaturarbeiter Berlins veranstalten am Sonntag, den 17. d. M., eine Herren-Fußpartie. Sammelplatz im Restaurant Nitan, Bismarckstr. 31, früh 6 1/2 Uhr. — Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 33. Sonntag, den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn G. Bogner über „Die frühere und die jetzige Bedeutung der Bibel“. Damen und Herren als Gäste willkommen. — Am Montag, den 18. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, ebendasselbst beschließende Versammlung der Mitglieder.

Literarisches.

Organisation und Wirksamkeit der gewerblichen Schiedsgerichte im Auslande und in den schweizerischen Kantonen. Von Werner Krebs, Sekretär des Schweizerischen Gewerbevereins. Zürich 1887. Da wir in mehreren Artikeln die Frage der Gewerbe-schiedsgerichte behandelt haben und noch weiter zu behandeln gedenken, so machen wir unsere Leser, welche die Angelegenheit weiter verfolgen wollen, auf diese Schrift aufmerksam, die sich hauptsächlich durch eine reichhaltige Materialiensammlung und Vergleichung der Einrichtungen der einzelnen Industrielländer (Prud'homme, Gewerbe-gerichte, Fachgerichte, Einigungsämter) auszeichnet.

Die Lösung der Wohnungsfrage. Von Dr. Hermann Stolp. Berlin 1888. Der konservative Verfasser, ein verpöhlter Schul-Deitsch, steht in Genossenschaften, wenn auch ganz eigener Art, das Heilmittel gegen die verschiedensten sozialen Krebschäden. So will er auch die bestehenden Verhältnisse von Weibes-Spekulantenthum, Pfandgläubigerwesen, Hausherrnbesitz, Miethunterthanenwesen und Miethenebenbuhlerthum durch „Gehäuserchaften“ lösen, welche die gemeinethetischen Wohnungen durch ein allgemeines Wohnungseigentum ersetzen sollen. Der Plan ist natürlich so verkehrt und utopisch wie einer, wir behalten uns aber vor, eingehender auf ihn zurückzukommen.

Deutsche Mechaniker-Zeitung. Organ der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und chirurg. Instrumentenmacher bringt Fachartikel und reichen Inhalt. Monatlich zweimal. Abonnement 1 M. per Quartal. Inserate 30 Pfennige pro Zeile. Verlag und Inseraten-Annahme: G. Jensen u. Co., Hamburg, Paulstraße 36.

Briefkasten.

Gelegene Adressen, an die wir unsere Zeitung zur Probe nach außerhalb senden können, besonders Adressen auswärtiger Kolportiere, bitten wir unserer Expedition, Berlin S. O., Cranienstr. 23, mitzutheilen.

Ceserreicher. Herr v. Facher, der jetzt gegen den einstündigen Normalarbeitstag zu Felde zieht, ist in der That dieselbe Person, die 1884 sich gegen die parlamentarische Arbeiterrenovete wandte, weil er kein Freund von „Sozialtheatern“ sei und der Industrie eine „hamlose Besudelung“ erspart haben wollte.

Freund des Vlaties. Gewiß können Sie viel für das Blatt thun, indem Sie eifrig für Werbung neuer Abonnenten und für Jüngerung von Vereinsangelegenheiten eintreten. Letztere steht in gar keinem Verhältniß zu dem, was das Blatt beizubringen für die Arbeiter riskirt.

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin

sind für die sozialdemokratische Partei nicht ungünstig ausgefallen. Das Stimmverhältniß in den verschiedenen Bezirken stellt sich folgendermaßen:

Im 14. kommunal-Wahlbezirk wurden Stimmen abgegeben für Kunert (Soj.) 532, Quebner (dfr.) 303.

Fritz Kunert hat somit als Vertreter der Sozialdemokratie die Oberhand behalten.

Im 24. kommunal-Wahlbezirk wurden Stimmen abgegeben für Tempel (Soj.) 357, Peils (dfr.) 179, Fester (kons.) 317. Es findet also eine Stichwahl zwischen Tempel und Fester statt.

Im 37. kommunal-Wahlbezirk wurden Stimmen abgegeben für Gnadt (Soj.) 427, Berliner (dfr.) 378, Dopp (kons.) 332. Es findet also eine Stichwahl zwischen Gnadt und Berliner statt.